

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 Pf.
(nach 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Tafelzug 4.80 Pf. einschließlich 60 Pf.
Verpackungs- und 72 Pf. Vertriebsge-
bühren. Auslandabonnemente 6.— Pf.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Zollsachenposten 5.— Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Ausland mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe
„Sonn und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Reprint: Lohoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 356. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Brannten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Sonnabend
12. Dezember 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige all. Kompartillette 80 Pf.
Vollamperle 5.— Pf. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
(schlief zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Kabutt 12. Zeit-
Wiedergabe das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkündigung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Kurzarbeit in Frankreich.

Schon 2½ Millionen. — 300 000 Vollarbeitslose amtlich zugegeben.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Kammer antwortete Arbeitsminister Landry am Freitag auf die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit. Landry gab nur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit, aus dem hervorgeht, daß die Zahl staatlicher und städtischer unterstützter Arbeitslosen in dieser Woche 104 280 beträgt, wozu noch die erwerbslosen Seeleute und Doharbeiter hinzuzurechnen seien, die aus besonderen sozialen Unterstellungen bestehen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Frankreich müsse man auf über 300 000 schätzen. Was die Kurzarbeit anbelangt, so habe sie in letzter Zeit großen Umfang angenommen.

Der Arbeitsminister stellte weiter fest, daß im November 1 037 000 Arbeiter und Angestellte in Betrieben mit über 100 Personen nicht voll beschäftigt gewesen seien. Wenn man denselben Prozentsatz für die mittleren und kleinen Betriebe anwende, so komme man zu einer

Gesamtziffer von etwa 2½ Millionen Kurzarbeitern.

Die Lage sei also, so bemerkte der Minister, sehr ernst, wenn auch weniger katastrophal als in Deutschland, England und Amerika. Der Staat habe die Pflicht, für die Opfer dieser Krise zu sorgen. In Frankreich gebe es keine Arbeitslosenversicherung, was er, der Minister, nicht bedauere, denn es handele sich nur um eine vorübergehende Gefahr. Es wäre auch unmöglich, sofort eine derartige Versicherung zu schaffen. Neben den Unterstützungskassen der Gewerkschaften habe Frankreich die öffentlichen Arbeitslosenfonds, um deren Vermehrung sich die Verwirklichung mühe. Zur Zeit seien 263 solcher Fonds in Tätigkeit. Die Beteiligung des Staates an den Fonds betrage 30 Prozent. Die Zu-

lassungsbedingungen seien in der letzten Zeit verbessert und die Unterstützungssätze erhöht worden. Die Dauer der Unterstützung sei von vier auf sechs Monate verlängert worden. Außerdem sei eine Krisenunterstützung für die Arbeitslosen eingerichtet worden, die bereits sechs Monate lang Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Für die Doharbeiter und Seeleute sei ein besonderes Unterstützungssystem geschaffen worden.

Ueber die von der Regierung ergriffenen bzw. beabsichtigten Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wird der Minister sich in einer späteren Sitzung äußern.

Nur 28 Stimmen Mehrheit für Laval.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der „Abnutzungskampf“, den die Opposition gegen die Regierung und ihre Mehrheit zu führen entschlossen ist, wurde am Freitag in der Kammer fortgesetzt.

Die Kammer sollte am Nachmittag über das Abkommen zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich betreffend die Deckung des durch die Entwertung des englischen Pfundes hervorgerufenen Verlustes beraten, das am Mittwoch von der Finanzkommission mit 12 gegen 6 Stimmen gebilligt worden war, nachdem zwei sozialistische Gegenanträge abgelehnt waren. Da jedoch der gedruckte Bericht der Kommission bis zum Beginn der Kammer Sitzung noch nicht vorlag, schlug Ministerpräsident Laval vor, die Beratung auf Sonnabendvormittag zu verschieben. Dieser Antrag gab wiederum Anlaß zu einer stürmischen Debatte, da die Sozialisten mit Unterstützung der Radikalen die Verlagerung bis zum Montag verlangten. Die Folge war, daß eine namentliche Abstimmung stattfand, in der die Regierung mit nur 28 Stimmen Mehrheit siegte.

Finanzen und Wirtschaft.

Die Aussichten des deutschen Reichsetats.

Von Wilhelm Keil.

Wenn das Wirtschaftsleben der Welt die größten Erschütterungen erfährt, wenn das internationale Kreditssystem in offenem Trug steht, so müssen die öffentlichen Finanzen aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Budgets aller Staaten sind aus dem Gleichgewicht geworfen. Die Staatswirtschaft auch der reichsten Länder bleibt von diesen Auswirkungen nicht verschont. Das Defizit des Budgets der Vereinigten Staaten von Amerika ist größer als das ganze Budget des deutschen Reichs.

Die Mittel, die zur Balancierung der Budgets angewandt werden, haben mit den Grundsätzen einer geordneten Staatsfinanzpolitik nichts mehr zu tun. Das gilt von fast allen in den Strudel der Finanz- und Wirtschaftskrise hineingezogenen Ländern, es gilt im besonderen von Deutschland, das in dieser schwierigsten Zeit auf die verfassungsmäßige Mitwirkung der Volksobervertretung zur Lösung der Finanzprobleme verzichten muß. Der Bericht, den Reichsfinanzminister Dietrich dem Haushaltsausschuß des Reichstags unmittelbar nach der Verkündung der neuesten Notverordnung über die Finanzlage des Reichs erstattet hat, gibt ein Bild von den Verheerungen, die durch die wirtschaftlichen Ergebnisse der letzten Monate in der Haushaltswirtschaft des Reichs angerichtet worden sind. Abgesehen von den großen Veränderungen des ursprünglichen Etatsentwurfs vor der Verabschiedung durch den Reichstag haben im Laufe der verflochtenen acht Monate des Rechnungsjahres immer neue Versuche der Etatsausgleichung unternommen werden müssen, weil die für den Augenblick scheinbar erreichte Balancierung sich jedesmal kurze Zeit später als nichtig erwies.

Verabschiedet wurde der Etat für 1931 mit 10,7 Milliarden Mark in Einnahme und Ausgabe. Auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung nahm die Reichsregierung nachträglich noch Ausgabestreichungen in Höhe von 1,4 Milliarden Mark vor. Damit waren die Ausgaben um 2,6 Milliarden unter die des Jahres 1930 herabgedrückt. Die rapid sinkenden Einnahmen reichten trotzdem zur Deckung der Ausgaben nicht aus. Mit der Notverordnung vom 5. Juni wurden daher neben der Gehaltskürzung und weiteren Ausgabefestsetzung Einnahmeerhöhungen im geschätzten Ertrag von 688 Millionen Mark bewirkt, wozu 625 Millionen Mark auf die Krisensteuer, 115 Millionen Mark auf die Abkürzung der Zahlungsfrist für die Umsatzsteuer, 110 Millionen Mark auf die Erhöhung der Zuckersteuer, 75 Millionen Mark auf die Erhöhung der Mineralölsteuer, 60 Millionen Mark auf den Wegfall der Lohnsteuererstattungen, der Rest auf kleine Mehreinnahmen entfielen. Im Zusammenhang damit wurden neue Steuererhöhungen vorgenommen. Kaum war das geschehen, da machte die Inflationskrise einen dicken Strich durch die neue Rechnung. Die Steuereinnahmen blieben hinter den soeben erst erfolgten Schätzungen wieder erschreckend zurück, gleichzeitig aber mußten neue unabsehbare Ausgaben gedeckt werden. Im ganzen mußte für eine Etatsverschlechterung von 2478 Millionen Mark Deckung gesucht werden. Jetzt kam dem Reichshaushalt neben den Steuer- und Zollerhöhungen der Juni-Notverordnung die Reparationserleichterung zugute. Ein großes Loch, das noch verblieb, wurde mit der zweiten Gehaltskürzung und neuen rücksichtslosen Ausgabestrichen ausgeglichen.

Dieser Ausgleich war indessen bald wieder von der Entwertung überholt. Bereits jetzt rechnet der Reichsfinanzminister mit weiteren Steuerausfällen in Höhe von 200 Millionen Mark, neue Ausgaben sind nötig geworden und auf den geplanten Verkauf von 150 Millionen Mark Reichsbahnvorkaufsaktien muß des tiefen Kurzes wegen verzichtet werden. Durch Münzgewinne, nachmalige Ausgabestreichungen, die neueste Gehaltskürzung, die Umsatzsteuererhöhung und Vorrückung des Einkommensteuertermins soll die Deckung erfolgen. Es bedarf keiner Betonung, daß die Vorrückung von Steuerterminen, Fristverlängerungen, Münzgewinne keine Mittel zur soliden Deckung laufender Ausgaben sind. Solche Bedenken schlagen aber in diesen Notzeiten nicht mehr durch.

Mit dem Rückgang der Steuereinnahmen ist zugleich eine Verschlebung in der Belastung von Besitzenden und breiten Massen verbunden. Unter Einrechnung der Zuschläge bringen die Besitz- und Verkehrssteuer nach den letzten Schätzungen im laufenden Jahr 1,2 Milliarden weniger, die Zölle und Verbrauchssteuern 200 Millionen Mark mehr als im günstigen

Kein Geld für Reparationen.

Deutsche Erklärung im Prüfungsausschuß.

Basel, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Zum Sonderausschuß der V3, legte der deutsche Delegierte Graf Schwerin dar, daß für Deutschland die Zahlung irgendeiner Reparationsleistung im nächsten Etatsjahr vollständig ausgeschlossen sei.

Aus Schwerins Bericht über die Lage der öffentlichen Haushalte ist hervorzuheben, daß nach seiner Ansicht mit der dritten Notverordnung die letzten Finanzquellen des Reichs beansprucht worden seien. Man erwarte für das Budget 1932/33 einen Steuerausfall von 600 Millionen Mark, der jedoch, wie man hoffe, teilweise durch die Erhöhung der Umsatzsteuer ausgeglichen werde.

Die nächste Tagung des Verwaltungsrats der V3, wurde auf Montag, den 11. Januar, festgesetzt. Der Verwaltungsrat wird sich mit der Erneuerung der am 15. Januar fällig werdenden Kredite an Oesterreich und Ungarn befassen.

Washington wartet auf Basel.

Washington, 11. Dezember.

Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß die Aufnahme der Tätigkeit der hiesigen Kriegsschuldentommision von den Baseler Verhandlungen abhängig sei; denn erst wenn festgestellt sei, auf welchen Betrag an Reparationen die alliierten Regierungen verzichten müssen, könne hier die Zahlungsfähigkeit der Schuldner geprüft werden. Im Interesse sowohl Deutschlands wie einer sympathischen Einstellung der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber einer Reduktion der alliierten Schulden hoffe man daher, daß in Basel bald eine vernunftgemäße Regelung erzielt werde, welche darzue, daß alle Regierungen und alle Völker im Interesse einer Rückkehr zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen Opfer zu bringen bereit seien.

Die Stillhaltungsverhandlungen.

Gestern in Berlin begonnen.

Amlich wird gemeldet:

Die Vertreter ausländischer und deutscher Schuldner-Komitees kamen am Freitag zusammen und tauschten Gedanken aus. Die Vertreter des deutschen Schuldnerausschusses legten detailliertes Zahlenmaterial über die gegenwärtige Lage vor. Um die nötige Zeit zum Studium dieses Zahlenmaterials und zur Hervorbringung der Organisation für die weitere Verhandlungsführung zu gewinnen, vertagte sich die Versammlung. Bestimmte Untergruppen werden das nachfolgende

Material studieren und Tagesordnung sowie Berichte über die Plenarversammlung vorbereiten, die, sobald erforderlich, wieder zusammenzutreten wird.

Um die Einberufung des Reichstags.

Wirtschaftspartei dagegen, Volkspartei dafür.

Die Wirtschaftspartei teilt mit: „Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei nahm am Freitag den Bericht des Fraktionsführers Kollath über die politische Lage und die Stellungnahme der Fraktion zur Notverordnung entgegen. Der Reichsausschuß sieht mit der Reichstagsfraktion in der Notverordnung ein letztes unerhörtes und in seinen Auswirkungen derzeit noch unübersehbares Opfer im Kampf um die politische und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands, das die Reichsregierung von dem deutschen Volke nur dann zu fordern berechtigt ist, wenn sie von dem unerschütterlichen Willen erfüllt ist, den Kampf gegen den Versailles Vertrag im ganzen mit allen Mitteln zu führen und im besonderen jede Tributzahlung für die Zukunft abzulehnen. Der Reichsausschuß nimmt von dem Beschluß, der Fraktion die Entscheidung über Einberufung des Reichstages auf Anfang Januar zulegen und gegen den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags nach vorbehaltlicher Zustimmung mit der Reichstagsfraktion auch seinerseits den Zusammentritt des Reichstags in der ersten Hälfte des Januar für erforderlich, um dem zu der bis dahin mit größerer Klarheit zu übersehenden außenpolitischen Lage sowie zu den Auswirkungen der Notverordnung und zur Gesamtpolitik des Kabinetts Stellung nehmen zu können.“

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß am Freitag im Vorkomitee für die Einberufung des Reichstags stimmen zu lassen.

Polnischer Anspruch abgewiesen.

Hooger Entscheidung zugunsten Danzigs.

Der Hooger internationale Gerichtshof hat mit 11 gegen 3 Stimmen entschieden, daß alle völkerrechtlichen Verträge und Abmachungen Polen keinerlei Rechte oder Befugnisse geben, die Zulassung polnischer Kriegsschiffe in den Getwässern oder dem Hafen Danzigs zu fordern.

Dieses Verlangen Polens ist nicht nur juristisch ungerechtfertigt; Polen hat doch Danzig zu einem gemotigten Hafen ausgebaut und kann dort seine ganze Kriegsschiffe so bequem unterbringen, daß es das deutsche Danzig wahrhaftig nicht auch noch dazu knappt.

sten Steuerjahr 1929. Dabei ist die Umsatzsteuer zu den Verbrauchssteuern gezählt. Die Einkommensteuer bringt samt dem Zuschlag von 5 Proz. für die Einkommen von mehr als 8000 M., samt Ledigenzuschlag und Aufsichtsteuer in diesem Jahr noch rund 2 Milliarden Mark gegenüber 3,09 Milliarden Mark im vorletzten Jahr. Für das nächste Jahr rechnet Dr. Dietrich faum noch mit 1,8 Milliarden Mark.

Vorausgesetzt, daß die Wirtschaft nicht noch mehr zusammenbricht, hält Minister Dietrich nunmehr den Reichsetat für 1931 für gesichert. Ein großes Fragezeichen steht aber vor dem Jahr 1932. Hier hängt alles davon ab, wie das Wirtschaftsleben sich weiter gestaltet. Die Reichsregierung setzt alle ihre Hoffnungen auf die Wirkungen ihrer neuesten Rotverordnung im In- und Ausland. Andere Wirtschaftsbeobachter glauben prophezeien zu können, daß die Welt, nicht nur Deutschland, bis zum Frühjahr das Größte überwunden habe. Wir, die wir die Schrumpfmassnahmen der Rotverordnung mit erhöhter Sorge begleiten, wollen uns gern dem Wunderglauben ergeben, wenn jene Hoffnungen sich erfüllen sollten. In diesem Falle würden auch die befürchteten Nachwirkungen der Steueransätze bei den veranlagten Steuern bald ausgeglichen durch das Wiederanwachsen der sofort fließenden Einnahmen wie der Lohn-, der Umsatz- und der Verbrauchssteuern. Wie sehr die Verbrauchssteuern von der Krise beeinflusst werden, zeigt die Biersteuer, die trotz starker Erhöhung der Steuerhöhe im Jahr 1931 nicht einmal den Ertrag von 1929 bringen und um rund 150 Millionen Mark hinter der ersten Schätzung von 550 Millionen Mark zurückbleiben wird.

Die Wirtschaftsentwicklung und die mit ihr aufs engste verknüpfte Finanzgestaltung wird schließlich aber entscheidend beeinflusst werden durch die internationalen Verhandlungen über Deutschlands Zahlungsverpflichtungen. Würde sich bei den Großmächten der Welt die Einsicht vom Bahnhof der deutschen Reparationsverpflichtungen, der erst kürzlich von den deutschen Gewerkschaften so eindrucksvoll betont worden ist, durchsetzen, so wäre für die ganze Welt und damit auch für Deutschland viel gewonnen.

Handelskonflikt mit der Schweiz.

Vor der Kündigung des Handelsvertrages?

Nach der Unterbrechung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen Ende November haben in den letzten Tagen in Berlin neue Besprechungen über die künftige Gestaltung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages stattgefunden. Wie von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, ist es nicht gelungen, zu einem positiven Ergebnis zu kommen, obwohl bei den Verhandlungen von beiden Seiten der aufrichtige Wille gezeigt wurde, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Der Führer der Schweizer Delegation hat Berlin bereits wieder verlassen, um seiner Regierung Bericht zu erstatten.

Im Zusammenhang mit dem Abbruch der Berliner Verhandlungen steht der grundsätzliche Beschluß des Schweizer Bundesrates, dem Parlament unverzüglich eine Vorlage zu unterbreiten, die dem Bundesrat zur Durchführung von Einfuhrbeschränkungen (Kontingenterstellungen) ermächtigt. Diese Vorlage beweist, daß die Schweiz entschlossen ist, ungeachtet der nachdrücklichen Proteste Deutschlands seine Einfuhr durch Kontingenterstellungen stark zu drücken. Bei dieser Zuspitzung der Lage muß damit gerechnet werden, daß die Schweiz den Handelsvertrag mit Deutschland zum letztmöglichen Termin am 18. Dezember kündigt.

General Lihmann moralisch verurteilt.

Er hatte nach Fememördern gegen Hindenburg gerufen.

Dresden, 11. Dezember.

Ein politischer Beleidigungsprozeß gelangte heute vor dem hiesigen Amtsgericht zur Verhandlung. Es handelte sich um die Beleidigungsklage, die der General a. D. Lihmann gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Rudolf Schneider angebracht hatte.

Das Gericht kam zu einem Freispruch Dr. Schneiders. Die Vorgeschichte dieses Prozesses führt auf den sächsischen Landtagswahlkampf im Mai und Juni 1930 zurück. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung hatte General Lihmann die verantwortlichen Unterzeichner des Friedensvertrages und anderer internationaler Verträge angegriffen. Lihmann hatte ausgerufen: „Leider fehlen uns die Femerichter, um diese Unterschreiber unschädlich zu machen!“

Wegen dieser Äußerung hatte der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Rudolf Schneider gegen General Lihmann öffentlich heftige Angriffe gerichtet und ihm vorgeworfen, daß er damit auch gegen Hindenburg „Femerichter“, also Fememörder verlangt habe. Durch diesen Vorwurf fühlte sich General Lihmann beleidigt und stellte gegen Dr. Schneider Privatklage. Lihmann, der vor Gericht nicht erschienen war, hat sich bei seiner protokollierten Vernehmung damit zu entschuldigen gesucht, daß er die Unterzeichner des Waffenstillstandes und des Versailles Vertrages gemeint habe, also „nur“ Erzberger und Hermann Müller.

In der Verhandlung wies der Beklagte Dr. Schneider nach, daß Lihmann außer Erzberger und Hermann Müller auch Hindenburg unbedingt gemeint haben müsse, von dem er als General doch wußte, daß Hindenburg für den Waffenstillstand verantwortlich gewesen sei.

Das Gericht begründete den Freispruch vor allem damit, daß die Äußerungen des Generals Lihmann „von feststehender Verwegenheit“ gewesen seien. Ohne auf die Frage einzugehen, welche politischen Persönlichkeiten von dem General angegriffen worden seien, noch auf eine politische Differenzierung der einzelnen Persönlichkeiten einzulassen, habe das Gericht Dr. Rudolf Schneider den Schutz des § 193 zugebilligt, da Dr. Schneider, der mit Stresemann befreundet gewesen sei, sich als Politiker und Mensch in einer besonderen Situation befunden habe. — Das Gericht verneinte auch das Vorliegen einer formalen Beleidigung.

Dienstverbrechen von Nazipostbeamten.

Vertilgung des Briefgeheimnisses durch Nationalsozialisten.

Stahfurt, 11. Dezember.

Nationalsozialisten der Stenno-Gruppe haben, wie die hiesige Polizei mitteilt, eine Anzeige erstattet, daß zwei Postbeamte die an den Landtagsabgeordneten und Bürgermeister Kasten aus dem Preussischen Landtag und von der Parteiführung der SPD. gerichtete Post einem der NSDAP. angehörigen

Hitler gegen Brüning.

Er wollte im amerikanischen Rundfunk auf Brünings Rundfunkrede antworten.

Herr Hitler war am Freitagmorgen wieder nach Berlin gekommen und hatte seine „Residenz“ wieder im Kaiserhof aufgeschlagen. Er hatte die Absicht, vor der ausländischen Presse dem Reichkanzler Brüning zu antworten. Im Laufe des Vormittags muß ihm vor diesem Schritte angst gemordet sein, er hat den bereits geplanten Empfang der auswärtigen Presse wieder abgesehen lassen.

Seine Rückkehr nach Berlin hatte noch einen anderen interessanten Zweck. Er hat einen Vertrag mit Hearst auf Grund dieses Vertrages sollte er am Freitagabend zwischen 23 und 24 Uhr deutscher Zeit über den amerikanischen Columbia Broadcast, also im amerikanischen Rundfunk sprechen. Diese Rundfunkrede vor der Öffentlichkeit des Auslandes sollte seine Antwort auf die Rundfunkrede des Reichkanzlers werden. Es war geplant, daß Hitler über das besondere Verstärkerteil nach London sprechen sollte, von dort sollte seine Rede durch

den Kurzwellensender nach Amerika übertragen werden. Die besondere Verstärkerleitung untersteht dem Reichspostministerium.

Das Reichspostministerium hat seine Genehmigung zu diesem Gespräch nicht erteilt mit der Begründung, daß es mit der Zurverfügungstellung des Senders den Monopolvertrag zwischen der Reichs Rundfunkgesellschaft und der amerikanischen National Broadcast durchbrechen würde.

Abgesagt!

New York, 11. Dezember. (Eigenbericht)

Im Laufe des Nachmittags teilte der Anjaager der Columbia-Rundfunk-Gesellschaft mit, daß die Übertragung der geplanten Antwortrede Hitlers an Dr. Brüning, die zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags vorgesehen war (d. h. zwischen 11 und 12 Uhr abends Berliner Zeit), abgesagt werden müsse, weil in letzter Stunde die Reichsregierung ihre Behörden angewiesen hätte, die Übertragung zu verhindern.

„Studenten“ im Staatsrat.

12 000-Mark-Pensionäre betragen sich als Flegel.

Am Freitag beriet das Plenum des Preussischen Staatsrates nach vorangegangenen Ausschuhverhandlungen über zwei Vorlagen der Preussischen Staatsregierung.

Während sonst die Tribünen des Staatsrates (im ehemaligen Herrenhaus) wenig besucht werden, waren sie bei der diesmaligen Tagung überfüllt, und zwar durch farbentragende, zum Teil nationalsozialistische Studenten, von denen jeder jährlich 1200 Mark Staatszuschuß für seine „Studien“ in Anspruch nimmt.

Die Anwesenheit dieses „Publikums“, das mehrfach vom Vizepräsidenten, Genossen Graf, ermahnt werden mußte, sich gesittet und anständig zu benehmen, war veranlaßt worden durch die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die

Rechtsverhältnisse der Studenten und die Disziplin auf staatlich-wissenschaftlichen Hochschulen Preussens.

Angelehnt dieser Zuschauermenge hielten die Redner der Rechten und der Kommunisten besonders zugespitzte Agitationsreden. Vor allem fiel der Berliner Stadterordnete Dr. Steiniger durch die zornige und zum Teil maßlose Art seiner Ausführungen auf, die selbst bei einigen seiner eigenen Fraktionskollegen lebhaftes Befremden erregten. Dr. Steiniger stellte sich durch seine Darlegungen zum Teil in Widerspruch zu Ausführungen seines offiziellen Fraktionsredners. Sachliche Ausführungen machten die Redner der Zentrumsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion. Landeshauptmann Genosse Dr. Caspari (Schneidemühl) wurde von der Tribüne herab mit pöbelhaften Zurufen bedacht. Nationalsozialistische Studenten, die leider zu schnell die Fucht ergriffen und deshalb nicht festgehalten werden konnten, übertrugen sich gegenseitig in wüsten antisemitischen Beschimpfungen, die sie den Rednern zuriefen. Dieses Verhalten der „Studenten“ gab den richtigen Rahmen für die Beratungen des Gesetzesentwurfs ab. In diesem handelt es sich darum, die Grundlagen, die für Disziplinär- und ähnliche Angelegenheiten der Studenten bisher gegolten hatten und aus dem Jahre 1879 stammen, zu modernisieren und den jetzt gegebenen Verhältnissen anzupassen. Der Entwurf war vor Einbringung von der Staatsregierung noch besonders mit den offiziellen Vertretungen der Lehrkörper der preussischen Hochschulen vorherberaten worden. Mit deren Zustimmung wurden die Änderungen der Preussischen Staatsregierung vorgeschlagen. Der Kampf im Plenum des Staatsrates ging vor allem um die Er-

haltung oder Nichterhaltung der alten Bestimmung, daß nur der Nachweis einer ehrlosen Gesinnung eines Studenten zu dessen völliger Ausschließung vom Hochschulbesuch in Preußen führen könne. Der Nachweis der „ehrlosen Gesinnung“ sollte nach der Meinung der Rechten nur durch ein gerichtliches Urteil erbracht werden können. Nach einigen Gerichtsurteilen ist anzunehmen, daß vielleicht sogar bei einer tätlichen Beleidigung eines Hochschullehrers durch einen Studenten dieser Student nicht ohne weiteres vom Hochschulbesuch ausgeschlossen würde, weil ihm im Gerichtsurteil eventuell nicht die ehrlose Gesinnung bei Begehung der Tat beigemessen wird. Es gibt doch leider Berichte, die allzu leicht bereit sind, solche Ausschreitungen als „Taten jugendlichen Uebermut“ zu bezeichnen. Es ist deshalb nicht ohne weiteres zu erwarten, daß für eine derartige Handlung die notwendige schärfste Strafe des Ausschusses vom Hochschulbesuch diktiert werden könnte.

Einer reaktionären Mehrheit des Preussischen Staatsrates, zu der sich leider auch einige „akademische“ Mitglieder der Zentrumsfraktion gesellen, gelang es, die Bestimmung von 1879, nach der allein die gerichtliche Feststellung der ehrlosen Gesinnung zum Ausschluß vom Hochschulbesuch führen kann, in einer etwas modifizierten Form zu erhalten. Im allgemeinen wurde dann von einer großen Mehrheit des Preussischen Staatsrates der Gesetzesentwurf nach den Vorschlägen der Preussischen Staatsregierung angenommen.

Die weitere Illustration für die Notwendigkeit eines schärferen Vorgehens gegen undisciplinierte Studenten gab deren Verhalten nach Schluß der Beratungen des Plenums. Eine große Zahl von ihnen hatte sich

im Vorraum versammelt und pöbelte dort den Genossen Dr. Caspari erneut an.

Nur dessen Besonnenheit, dem Dazwischentreten bürgerlicher und sozialdemokratischer Mitglieder sowie dem Einwirken von Beamten des Staatsrates ist es zu danken, daß diese nationalsozialistischen, durch die Worte Dr. Steinigers aufgehetzten Staatspensionäre nicht auch noch zu Tätlichkeiten übergingen. Aufgabe der Mehrheit des Preussischen Landtags ist es nun, bei der endgültigen Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes Bestimmungen zu treffen, die den ursprünglichen Vorschlägen der Staatsregierung völlig gerecht werden und zu erkennen geben, daß das Verhalten der Studenten durchaus nicht eine andere Handhabung der disziplinarischen Bestimmungen rechtfertigt.

Freiseur ausgeliefert haben sollen. Der Freiseur soll die Briefe vorsichtig geöffnet und Abschriften davon gemacht haben. Erst dann wurden die Postfächer dem Empfänger abgeliefert. Die Untersuchung der Angelegenheit ist im Gange.

Hitlers gefälschte Totenliste.

Schändlicher Mißbrauch mit dem Namen eines Toten.

In Hagen feuerten die Nationalsozialisten am 26. Mai 1931 nach einer Versammlung auf der Straße 30 bis 30 Schüsse ab und töteten dadurch den Freiseur Emil Wagner, den Bauarbeiter Josef Ernst und den Arbeiter Julius Lücke. In dem vor kurzen durchgeführten Prozeß gegen acht Nationalsozialisten stellte der Vertreter der Staatsanwaltschaft ausdrücklich fest, daß er es für erwiesen halte, daß durch die Schüsse der Nationalsozialisten drei Personen getötet worden sind.

Einen der von den Nazis Getöteten, den Freiseur Emil Wagner, reklamierten die Nationalsozialisten für sich und führen ihn auch auf ihren Totenlisten! Dabei steht fest, daß Wagner Mitglied der NSDAP. war noch sonstige der NSDAP. nahestand. In seinem ellierrlichen Haushalt wurde eine kommunistische Zeitung gehalten. Also nicht nur genug, daß W. von Nationalsozialisten getötet wurde, wird jetzt noch diese Tat dazu benutzt, ihn zum nationalsozialistischen Märtyrer zu machen. So sehen die nationalsozialistischen Totenlisten aus!

Das ist der Nazi!

Verfälschter Pennäler und anonymes Feigling.

Unmittelbar nach den hessischen Landtagswahlen erhielt ein als Demokrat bekannter Oberstudienrat an der Gießener Oberrealschule, Professor Riebel, einen mit Halentkreuzen eingekleideten anonymen Drohbrief. Dieser Brief kündete dem Professor an, daß nunmehr seine letzte Stunde geschlagen habe, und erging sich dann weiter in sadistischen Mord- und Todesdrohungen, die in der gemeinsten und ekelhaftesten Weise ausgeschmückt waren.

Der Kriminalpolizei gelang es, als Schreiber dieses Briefes den zwanzigjährigen Oberprimar von Rodenhahn zu ermitteln. Nach mühsamer Naziart leugnete dieser natürlich zuerst alles, mußte aber, in die Enge getrieben, schließlich zugestehen, der Schreiber des Briefes zu sein. Die Lehrerkonferenz der Oberre-

alsche beschloß, gegen von Rodenhahn die strengste Strafe, nämlich die Verweisung von der Anstalt. Der Verwiesene darf an keiner höheren Lehranstalt in Hessen Aufnahme finden.

Der Fall ist typisch Nazi: mit 20 Jahren noch auf der Schulbank, ein selbster Grobprücker, der aber mit seiner Person für seine Drohungen nicht einzustehen magt. Die Verstellungsmaske des Täters der Mord und die Grausamkeit. Wieviel tausend solcher blutrünstiger Pennälerseelen mögen sich unter den „rauen Kämpfern“ Adolf Hitlers befinden?!

370 Millionen Münzgewinne.

Für 100 Millionen Mark neue Fünfmarsstücke.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Voll Sitzung am Donnerstag die Ausprägung von weiteren hundert Millionen Mark Reichsilbermünzen im Nennwert von 5 Reichsmark. Dabei wurde eine auf bayerischen Antrag von den Ausschüssen vorgeschlagene Entschlüsselung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dem Reichsrat noch in diesem Rechnungsjahr eine Vorlage zu unterbreiten, die eine Beteiligung der Länder an den Münzgewinnen vorsieht. In den Ausschüssen ist darauf hingewiesen worden, daß die Münzgewinne des Reiches in diesem Jahr sehr erheblich sind und im Falle der vollen Einhaltung des Ausprägungsplanes 370 Millionen betragen.

Neuer Landtagsabgeordneter. Als Nachfolger des durch Tod ausgeschiedenen preussischen Landtagsabgeordneten Leonhard, der auf dem Wahlorschlag der Wirtschaftspartei im Wahlkreis Frankfurt o. d. O. gewählt worden und kürzlich zur Staatspartei übergetreten war, kommt als Vertreter der Wirtschaftspartei der Fleischermeister Winkler-Triebel in Frage.

Pfarrer Eckert aus dem Kirchendienst entlassen. Das kirchliche Dienstgericht fällte gegen Pfarrer Eckert folgendes Urteil: „Pfarrer Erwin Eckert wird aus dem Kirchendienst entlassen mit Wirkung des Verlustes der Anwartsbezeichnung, des Einkommens sowie des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Zugleich wird ihm das Recht zur Vornahme von Amtshandlungen unterlag. Die Kosten des Dienstverfahrens fallen ihm zur Last.“

Der Bundesführer des Stahlhelms bei Hindenburg. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Der Herr Reichspräsident hat am Freitagabend die Bundesführer des Stahlhelms empfangen. Die Unterredung soll Anfang nächster Woche fortgesetzt werden.

Berlins Siedlungsprogramm

Vorstadtsiedlung und Kleingärten für Arbeitslose — Fragebogen auf Arbeitsämtern

Die Stadtverwaltung hat jetzt nach den Richtlinien des Reichskommissars für die städtische Kleinwohnung ein Programm über die „vorstädtische Kleinwohnung“ und „Bereitstellung von Kleingärten für Arbeitslose“ fertiggestellt. In einer Pressebesprechung sprach der sozialdemokratische Stadtrat Czerninski über das geplante Hilfswerk. Voraussichtlich wird sich die Stadtverordnetenversammlung schon am kommenden Donnerstag mit der Vorlage beschäftigen. Berücksichtigt man die bei der komplizierten Verwaltung der Kleingemeinde notwendig gewordenen zahlreichen Verhandlungen zur Überwindung aller Schwierigkeiten, so muß man anerkennen, daß die Stadtverwaltung schnelle und gründliche Arbeit geleistet hat. Auch das Stadtparlament hat durch Einsetzung eines besonderen Ausschusses schon Vorarbeit geleistet, so daß man hofft, mit dem Bauen noch vor Weihnachten beginnen zu können. Bei den knappen Mitteln, die das Reich der Stadt für das Siedlungsprogramm zur Verfügung stellt, stellt das Programm leider nicht viel mehr als ein festes, großzügiges Experiment dar. Rund um Berlin sollen 1800 Siedlerstellen und 5000 neue Kleingärten entstehen.

Nach den Richtlinien des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinwohnung sollen die einzelnen Siedlerstellen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhalts für die Familien der Arbeitslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird. Die einzelnen Stellen sollten in der Regel nicht unter 600 und nicht über 5000 Quadratmeter groß sein.

Das Siedlungsprogramm der Stadt will die einzelnen Stellen nicht unter 600 Quadratmeter groß vorsehen. Die der Stadt Berlin vom Reich zur Verfügung zu stellenden Mittel für die Kleinsiedlungen werden 4.500.000 Mark betragen. Hierbei lassen sich bei einem Darlehensjahr von je 2500 Mark insgesamt 1800 Siedlerstellen errichten. Das hierfür erforderliche Gelände ist vom Magistrat bereits zur Verfügung gestellt worden. Dieses Gelände beträgt insgesamt 900 Morgen und liegt an verschiedenen Stellen in den Außenbezirken der Stadt, und zwar in Marienfelde, Strig, Rudow, Kadow, Wendenschloß, Bohnsdorf, Biesdorf, Falkenberg, Blankenfelde, Heiligensee und Spandau. Die Anstellungsmöglichkeit beträgt bei den einzelnen Stellen 150 bis 300 Siedler.

Wer bekommt eine Siedlerstelle?

Bei den einzelnen Grundstücken handelt es sich durchweg um Ackerland, welches bisher in Kultur stand, so daß dem Siedler guter, geeigneter Boden zur Verfügung stehen wird. Außerdem haben die Gelände bequeme Verkehrslage; auch reichen die vorhandenen Schulen bis auf einige Ausnahmen aus. In diesen Fällen sollen Schulbaracken zur Aufstellung gelangen.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung einer Stelle dürfen nach den Richtlinien des Reichskommissars ausschließlich Grunderwerb 3000 Mark nicht überschreiten. Dabei beträgt das vom Reich pro Stelle zu gewährenden Darlehen 2500 Mark, während die restlichen 500 Mark durch die Mitarbeit des Erwerbslosen beim Aufbau des Hauses eingebracht werden müssen.

Die Belastung für die einzelne Siedlerstelle beträgt: im ersten Jahre lastenfrei; im zweiten, dritten und vierten Jahr pro Jahr 3 Proz. Verzinsung des Reichsdarlehens von 2500 Mark und 6 Pfennige Erbbauzins pro Quadratmeter Grundstücksgröße, insgesamt pro Jahr 135 Mark bzw. pro Monat 11,25 Mark. Vom fünften Jahre ab erhöht sich die Verzinsung des Reichsdarlehens von 3 auf 4 Proz.; außerdem ist das Darlehen mit 1 Proz. zu tilgen. Die Belastung beträgt dann pro Jahr 185 Mark bzw. pro Monat 15,40 Mark.

Für die Werbung der Erwerbslosen wird, nachdem die Stadtverordneten dem Beschluß des Magistrats zugestimmt haben, ein

Fragebogen zur Ausfüllung bei den zuständigen Arbeitsämtern ausgegeben. In Hand dieser Fragebogen werden dann die geeigneten Bewerber ausgewählt. Diese Auswahl ist von besonderer Wichtigkeit, da das Gelingen des Siedlungswerks letzten Endes von der Eignung und Tüchtigkeit des anzuführenden Siedlers abhängt. Die Stadtrat Czerninski hierzu noch mitteilt, will man verschiedene Gruppen von Arbeitslosen, wie ungelernete Arbeiter, Bauarbeiter, Gärtner usw. jeweils zusammenfassen. Die Fragebogen befinden sich bereits im Druck.

Neue Kleingärtenstädte entstehen.

Nach den Richtlinien des Reichskommissars sollen die einzelnen Kleingärten in der Regel nicht unter 400 Quadratmeter groß sein. Die bisherige Größe der Kleingärten betrug in Berlin 200 bis 300 Quadratmeter. Die neu zu schaffenden Kleingärten sollen durchschnittlich 500 Quadratmeter groß sein. Der Magistrat hat hierfür rund 500 Morgen Gelände zur Verfügung gestellt. Das Gelände liegt in Zehlendorf, Lichterfelde, Strig, Rudow und Charlottenburg, und zwar können hier insgesamt rund 2500 Kleingärten ausgewiesen werden. Das fehlende Gelände für

die restlichen 2500 Kleingärten, im ganzen sollen 5000 geschaffen werden, müßte seitens des Reiches und des Staates zur Verfügung gestellt werden. Geeignete Gelände hierfür befinden sich in Tempelhof (jetzige Schupo-Kleingärten), in Treptow am Adlergestell, in Köpenick am Teufelsberg, in Reinickendorf, ehemaliger Schießplatz Tegel, ferner in Steglitz und Spandau. Es ist anzunehmen, daß auch das Reich und der Staat einen Teil des seit Jahren brachliegenden Geländes für die Erwerbslosenaktion zur Verfügung stellen wird. Das Reich gewährt für die Anschaffung des Geländes und für die Einrichtung ein unverzinsliches Tilgungsdarlehen von 100 Mark je Kleingarten. Dieses Darlehen soll in zehn gleichen Jahresraten getilgt werden.

Es ist erstens, daß die Stadtverwaltung sich entschlossen hat, das Gelände ausschließlich dem Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands und den diesen angeschlossenen Vereinen zur Weiterverpachtung zu übergeben. Dadurch wird zum Nutzen der Arbeitslosen die Möglichkeit der Zwischenschaltung irgendwelcher Personen und Organisationen unmöglich gemacht. Der Pachtzins beträgt wie bisher bei den Kleingärten üblich pro Quadratmeter 2 Pfennig pro Jahr. Das Pachtland wird den Erwerbslosen auf zehn Jahre gegeben.

Ueber die Art und den Typ der zu errichtenden Siedlungshäuser ist die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Mehrere Berliner Firmen haben sich zur Erstellung von Probehäusern bereit erklärt. Man will auch hier die verschiedenen Typen ausprobieren, neigt aber dazu, dem Rasthofbau gegenüber dem Holzhaus den Vorrang zu geben.

Verbilligtes Fleisch für Unterstützte

Gegen Bezugsschein — 30 Pfennig unter Tagespreis

Im Rahmen der Winterhilfe und zugleich als eine Hilfsmäßnahme für die Landwirtschaft hat die Reichsregierung Mittel zur Verfügung gestellt, die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die nächsten Wochen den Bezug frischen Rind- und Schweinefleisches zu einem verbilligten Preise ermöglichen sollen. Die näheren Bestimmungen enthält ein gemeinsamer Erlass des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. Dezember 1931.

Danach sind zur Teilnahme an der Fleischverbilligung berechtigt alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, die Familieneinkünfte erhalten, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge unterstützten, die einen eigenen Haushalt führen, und schließlich Empfänger der Zuschüsse nach dem Reichswoerfürsorgegesetz, soweit sie einen eigenen Haushalt führen und ausschließlich auf Rente und Zuschüsse angewiesen sind. Die Verbilligung wird auf Grund eines Bezugsscheins gewährt, der nicht übertragbar ist. Ausgegeben werden die Bezugsscheine für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch die Arbeitsämter, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen und für die Empfänger von Zuschüssen nach dem Reichswoerfürsorgegesetz durch die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge. Bezugstellen für das verbilligte Fleisch sind alle Verkaufsstellen von Frischfleisch, die sich bereit erklären, den Bezugsschein in Zahlung zu nehmen und den sonst gegebenen Vorschriften zu entsprechen. Es kommen also außer den Fleischläden auch Konsumvereine, Warenhäuser usw. als Verkaufsstellen in Betracht. Die Verkaufsstellen werden durch Aushang kenntlich gemacht. Die Verbilligung wird ausschließlich für frisches Rind- oder Schweinefleisch gewährt; Wurstwaren sind von der Verbilligung ausgeschlossen. Jeder Berechtigte kann wöchentlich 1 Pfund, Unter-

stützte mit vier und mehr Zuschlagsempfängern können wöchentlich 2 Pfund verbilligten Fleisches erhalten. Auf geringere Mengen als ein Pfund wird eine Verbilligung nicht gewährt.

Der verbilligte Preis muß 30 Pf. unter dem Tagespreis oder, sofern bereits örtlich besonders verbilligte Preise für die Unterstützungsempfänger vereinbart sind, 30 Pf. unter diesem vereinbarten Preise liegen.

Der erste Bezugsschein, der mit vier Wochenabschnitten versehen ist, wird Mitte Dezember ausgegeben. Jedem Wochenabschnitt ist die Gültigkeitsdauer aufgedruckt; nach Ablauf der Gültigkeitsdauer können die Scheine nicht mehr benutzt werden. Der erste Abschnitt hat wegen der Weihnachtsfeierlage ausnahmsweise eine Gültigkeitsdauer von zwei Wochen.

Aus dem Schnellzug gestürzt.

Rätselhafter Tod eines Landtagsabgeordneten.

Der Landtagsabgeordnete Leonhardt von der Staatspartei ist gestern vormittag bei Dirsch an der Ostbahn in der Nähe der Blockboje 79 in dem an der Bahn entlanglaufenden Wassergraben mit dem Gesicht nach unten liegend tot aufgefunden worden. Jackett und Hose waren vollkommen zerissen. Leonhardt befand sich in dem Schnellzug D 3 auf der Fahrt von Schneidemühl nach Berlin und ist vermutlich aus dem fahrenden Zug gestürzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt ein Unglücksfall vor. Es ist anzunehmen, daß Leonhardt die Toilette aufsuchen wollte, dabei die falsche Tür gefaßt hat, aus dem Wagen gefallen und die Höheung hinuntergestürzt ist. Der Tot liegt noch am Fundort. In dem Abteil 1. Klasse, das Leonhardt benutzte hatte, wurden keine Schuhe, der Hut, Paletot und seine Aktentasche mit Papieren vorgefunden.



Walter sprang wie wahnsinnig auf und schüttelte die Fräulein. „Ich bringe dich um, wenn du nicht sofort die Klappe hältst“, schrie er außer sich. „Sprich kein Wort mehr, sonst gibt es ein Unglück.“

Germaine war totenblau geworden. Dann stand sie auf und lehnte sich an das Bett des jungen Mädchens, das laut weinte. „Nun hören Sie mich mal ruhig an“, sagte sie. „Selbstverständlich werde ich Ihnen helfen, wenigstens soweit es in meiner Macht steht, denn so glänzend sind unsere Verhältnisse nicht, wie Sie vielleicht denken. Ich nehme an, daß Schulden bei der Wirtin da sind, beim Arzt...“

Erny nickte schluchzend. „Natürlich bringen wir das in Ordnung. Und nun meinen Sie nicht mehr, sondern sehen Sie, daß Sie bald gesund werden — dann sieht die Welt wieder ganz anders aus. Jetzt werde ich mit der Wirtin reden, damit Sie etwas zu frühstücken bekommen, und dann werden wir uns alle drei vernünftig unterhalten und uns überlegen, was wir tun können.“ Aber kaum hatte Germaine die Küche betreten, da kam Walter ihr nach. „Ich muß dich allein sprechen — können wir nicht ein paar Schritte zusammen gehen.“

„Aber Fräulein Berg bringen Sie inzwischen etwas“, wandte sich Germaine der Wirtin zu. „und alles andere regle ich nachher mit Ihnen. Komm, Walter!“

Schweigend gingen die Geschwister nebeneinander her. Dann nahm Germaine den Arm des Bruders. „Wir setzen uns in das kleine Kaffee am Zoo, wo wir letztes Jahr manchmal gewesen sind, da sind wir ganz ungestört. Es ist höchste Zeit, daß du etwas zu dir nimmst, du taumelst ja...“

Sie setzten sich an einen kleinen runden Esstisch. Born wuschte und putzte noch eine Aufwartefrau — sie waren die einzigen Gäste.

„Erst mußt du deinen Tee trinken und etwas essen“, wehrte Germaine ab, als Walter sprechen wollte, „und sei ganz ruhig, Walter, wir finden schon einen Ausweg für uns alle drei...“

Walter schlürfte hastig den heißen Tee hinunter. „Rein“, sagte er dumpf, „so geht das alles nicht, Germaine. Ich will keine Umschweife machen und wir nichts herumreden, denn du mußt wissen, woran du bist. Es tut mir nur bitter leid, dir so etwas zufügen zu müssen — das ist die schwerste Strafe, die mich überhaupt treffen kann.“

Germaine sah ihm in die Augen. „Ich glaube, als ich in dein Zimmer eintrat, da habe ich blühartig gefühlt, was mit dir ist“, sagte sie. „du wirst mir nicht mehr viel sagen müssen!“

Der junge Mensch beugte sich nahe zu ihr. „Sie war in anderen Umständen — seit drei Monaten schon, aber sie hat es mir erst vor vierzehn Tagen gesagt. Sie hat mich ja auch belogen — von Anfang an — sie wollte ein Kind, um eine Handhabe gegen mich zu haben, um mich festhalten zu können — sie hat es mir selbst gestanden. Ich bin für sie der Akademiker, an dem sie eine glänzende Partie zu machen glaubt, nichts weiter. Dann lieh sie es sich wegzubringen — ich war schuld daran. Was soll ich mit einem Kind, Germaine, und von einem Mädchen, das mir nichts ist, nichts...“ Er stöhnte.

„Zu ihrem Bruder konnte sie nicht, die Schwägerin hätte gleich gemerkt, was los war — ihre Stellung im Krankenhaus war sie auch losgeworden, so kam sie zu mir. Ich konnte sie nicht wegstören in diesem Zustand — nun liegt sie seit einer Woche. Was das alles kostete, kannst du dir denken — so mußte ich die Schulden machen. Daß ich dich in diesem Brief um Geld bitten mußte — aber ich wußte mir keinen Rat. Dann besorgte ich mir Arbeit — aber davon kann nicht einer leben, geschweige denn zwei...“

Germaine nahm seine Hand. „Die Geldsache regeln wir schon, ich werde sehen, ob ich nicht Vorschuß bekommen kann, wenn jetzt die Rentenmark eingeführt wird — aber wie kannst du die Angelegenheit mit diesem Mädchen ins reine bringen? Sie mag nun sein, wie sie will — aber, Walter, vergiß nicht, daß du sie soweit gebracht hast! Du kannst die Verantwortung für das, was du getan hast, nicht einfach von dir abschütteln!“

Der junge Mensch lachte bitter und höhnisch. „O Gott, was bist du für ein harmloses Wesen! Aber ich brauche nicht zu lachen, ich war ja genau so, sonst wäre ich nicht so furchtbar hereingefallen! Du glaubst wohl, ich sei der erste bei ihr gewesen, ja, weisgemacht hat sie mir das am Anfang, als noch nichts zwischen uns war. Aber als sie mich hatte, da lams mit Keulenschlägen über mich!“

Germaine sah ihn entsetzt an. „Ja, aber hättest du dich denn nicht früher lösen können — mühte es denn erst soweit kommen!“

Walter sah zu Boden. „Germaine“, sagte er, „du kennst mich, du weißt auch, daß ich mich nie mit Mädchen abgegeben habe, nicht einmal beim Militär. Ich hatte so wenig Erfahrung auf diesem Gebiet, wie du. Dieses Mädchen hat mich gepflegt, sie tat alles für mich, sie betrug sich so sanft, so zurückhaltend, so bescheiden. Dann erzählte sie mir von ihren schlimmen Familienverhältnissen, von ihrer Armut. Sie tat mir grenzenlos leid, denn ich nahm das alles für bare Münze. Sie fiel mir um den Hals und weinte, niemand auf der Welt hätte Gefühl für sie, ich sei der einzige, der es gut mit ihr meine — ja, heute kommt mir das alles selbst banal vor, aber damals war ich gerührt und erschüttert. Das war meine Schwäche — und die hat sie gründlich ausgenutzt!“

„Und was willst du jetzt tun, Walter...?“

Der Bruder zuckte die Achseln. „Ich muß ihr noch gute Worte geben“, sagte er, „denn sie ist imstande und zeigt mich an. Und besser noch als gute Worte ist Geld — aber ich bin noch nicht fertig, mache dich auf etwas gefaßt, was vielleicht noch schlimmer ist...“

„Noch schlimmer?“ wiederholte die Schwester tonlos, „gibt es denn so etwas...!“

Walter sah ihr starr in die Augen. „Ja“, sagte er hart. „das gibt es. Germaine, als ich verschüttet und verwundet aufgefunden und ins Lazarett gebracht wurde, da bekam ich zum erstenmal Morphium. Ich bekam zwei Spritzen täglich — bis ich wieder einigermaßen auf Deck war. Es hat mir nichts geschadet, und als ich die Monate daheim lag, da hatte ich wohl den Bunsch, manchmal Morphium zu bekommen, aber als der Medizinalrat mir dafür nur einfache Schlafmittel gab, da ging es auch... Und hier nach der Operation bekam ich nun wieder Spritzen — ja, ich habe gesehen, daß der Professor sich selbst eine Spritze in den Arm gab, bevor er mich operierte, aber vielleicht wäre auch das alles noch an mir vorübergegangen. Aber als ich dann mit diesem Mädchen in näheren Verkehr trat, da hatte ich plötzlich eine unbezwingliche Sehnsucht nach Vergessen, nach einem Ausgleich. Sie verschaffte mir aus dem Krankenhaus Stuplamin, Pantopom und andere Morphine — und das hat mich noch stärker in ihre Hand gegeben, hat mich auch noch mehr an sie gefesselt. Ohne dies wäre es vielleicht schon längst zum Abbruch unserer Beziehungen gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Sklarek-Labyrinth.

Auch Stadtrat Benede bleibt unvereidigt.

In der gestrigen Verhandlung des Sklarek-Prozesses erregte die Vernehmung des deutschnationalen Stadtrats Wilhelm Benede, der bekanntlich zunächst gleichfalls der passiven Beamtenbestechung in dieser Affäre angeklagt, später aber außer Verfolgung gesetzt worden war, einiges Aufsehen. Seine Vernehmung als Zeuge endete damit, daß der Vorsitzende die Befragung als wertlos abbrach und ihn, auf Antrag der Staatsanwaltschaft, unter dem Verdacht der Teilnahme unvereidigt ließ.

Amsterrichter Lehner legte dem Zeugen zuerst die Frage vor: „Hatten Sie Beziehungen zu den Sklareks?“ und als Stadtrat Benede dies mit „Nein“ beantwortete, meinte der Vorsitzende ironisch: „Na, wir wollen das nicht weiter erörtern.“ — Der Vorsitzende hielt Stadtrat Benede dann vor, daß er zusammen mit dem Angeklagten Gabel den Darlehensvertrag unterschrieben und auch ein Bestätigungsschreiben vom 2. Dezember 1927 unterzeichnet habe, in dem ein Lieferungsrecht der Sklareks anerkannt wird. Der Zeuge erklärte hierauf, daß er keinerlei Erinnerung mehr habe, ob er das letzte Schreiben unterschrieben habe. Als der Vorsitzende ihm das betreffende Schriftstück vorliest und ihm sein Signum zeigt, meinte Benede: „Es sieht meinem Zeichen ähnlich, aber ich kann nichts dazu sagen.“ Vorf.: Geben Sie die Unterschrift unter dem Romopoloertrag zu? Zeuge: Jawohl. Vorf.: Haben Sie diese Unterschrift später bereut und sind so verzweifelt gewesen, daß Sie bei Sklareks einen Anzug abbestellt haben? Zeuge: Ich habe das nicht bereut und habe auch deshalb keinen Anzug abbestellt. Vorf. (resigniert): Ich halte die weitere Vernehmung des Zeugen für absolut wertlos. Der Zeuge bleibt wegen des Verdachts der Teilnahme an den zur Verhandlung stehenden Straftaten unvereidigt. (Bewegung.)

Vor dieser aufsehenerregenden Vernehmung wurde der Stadtrat und Stadtrat A. D. Wege zu dem Kreditvertrag mit den Sklareks gehört, der erklärte, Stadtkammerer Dr. Lange müsse sich irren, daß er, Wege, den Sklareks irgendwelche Zugeständnisse gemacht habe. Dr. Lange hatte nämlich bei seinen bisherigen Vernehmungen bekundet, daß er selbst gegen den Kredit gewesen sei. Stadtrat Wege aber als sein Urlaubsvorträter ihnen Zugeständnisse gemacht habe, so daß er, Wege, um Wege nicht zu desavouieren, die Angelegenheit dem Magistrat zugewiesen und schließlich dafür gestimmt habe. Der Zeuge Dr. Wege wurde Wege gegenübergestellt, der Widerspruch ließ sich aber nicht resillos erklären. Auch Obermagistratsrat Clemens und Magistratsrat Raibach wurden zu diesen Dingen gehört, und der Vorsitzende mußte schließlich die Feststellung machen, daß jeder Beamte die Vorgeschichte des Vertrags nicht gekannt und, wie er sagte, den Karren nur ein Stückchen weitergeschoben hätte. Stadtrat Wege erklärte nach einem Disput zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsamtsrat Dr. Vindar, daß er aus den Äußerungen Schallbachs und im Magistratsauschuß den Eindruck gehabt habe, daß die Sklareks geschädigt worden seien. Schallbach habe gesagt, sie seien übers Ohr gehauen worden. Vorf.: Was sagen Sie, wenn Sie hören, daß Schallbach zwecks Kreditübergabe Forderungen bestätigt hat, die noch gar nicht bestanden? Wege: Ich habe mit Schallbach Schulter an Schulter gearbeitet und ihn nur als ehrlichen Menschen kennengelernt. Ich bin erschüttert, wenn Sie sagen, daß er so etwas gemacht hat, was ich von ihm nicht glauben kann.

Auch die Zeugen Raibach und Clemens erklärten, es sei der allgemeine Eindruck gewesen, daß die Sklareks bei der Uebernahme des Bagers geschädigt worden seien, mußten aber dem Vorsitzenden bestätigen, daß dieser angesichts des Schanden von niemand festgestellt worden sei. — Die nächste Verhandlung findet am Montag vormittags um 10 Uhr statt.

Die Reichsbahn zu Weihnachten.

Sonderzüge, Benutzung von Sonntagsarten.

Wie der „Vorwärts“ bereits berichtete, sind von der Reichsbahndirektion Berlin für das Weihnachtsfest eine ganze Reihe von Erleichterungen und Vergünstigungen für die Reisenden, die Berlin zu den Festtagen den Rücken kehren wollen, vorgesehen.

Außer den 114 Vor- und Nachzügen, die während der Weihnachtsfesttage nach Bedarf eingesetzt werden, sind vier Sonderzüge in den Fahrplan aufgenommen worden. Am 26. Dezember um 16,22 Uhr verläßt die Reichshauptstadt ein Sonderzug nach Berchtesgaden. Der Preis für Hin- und Rückfahrt 3. Klasse einschließlich Verpflegung, Kurtag usw. bis zum 3. Januar 1932 kostet 97 M. Gleichfalls am 26. Dezember geht um 8,26 Uhr vom Göttinger Bahnhof ein Sonderzug mit 40 Proz. Ermäßigung in das Harz- und Riesengebirge ab. Rückfahrt ab Krummhübel am 3. Januar. Der Preis nach Krummhübel für die Hin- und Rückfahrt beträgt beispielsweise 16,20 M. für die 3. Klasse. Die Bestellungen für die beiden Ostpreußen-Sonderzüge sind beim Bahnhof Friedrichstraße vorzunehmen. Beide Züge verlassen Berlin am 22. und 23. Dezember an beiden Abenden um 20,38 Uhr von Station Friedrichstraße. Die Rückfahrkarten haben zwei volle Monate Gültigkeit.

Wesentlich ist die Reuerung, daß Sonntagsrückfahrkarten, die vom 23. Dezember mittags 12 Uhr bis zum

Mord oder Raub mit Todeserfolg?

Die Sachverständigen-Gutachten im Reins-Prozeß

Der gestrige Nachmittag im Reins-Prozeß war ausgefüllt von den Aussagen der Leumundszeugen und Sachverständigen. Im Urteil der wenigen Freunde und Bekannten, die Ernst Reins besah, schillt er günstig ab. Der psychiatrische Sachverständige, Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, ließ die Frage der Ueberlegungsfähigkeit offen. Er wollte sie weder verneinen noch bejahen. Somit bleibt es der Entscheidung des Gerichts überlassen, ob es auf Mord oder auf Raub mit Todeserfolg erkennt. Im ersten Fall gibt es bloß die Todesstrafe, im anderen Zuchthaus von 10 Jahren bis lebenslanglich.

Unter den Leumundszeugen stand an erster Stelle die langjährige Freundin des Angeklagten. Nach sechsjähriger Bekanntschaft hörte das Verhältnis auf Veranlassung der Eltern der Freundin auf. Reins Arbeitslosigkeit nahm der Freundschaft ihren Zweck. Fräulein Scholz schilderte ihren ehemaligen Freund als

anständigen, tatvollen, aber äußerst verschlossenen Menschen.

Es wurmte ihn sehr, daß er wegen seiner Augen nicht Architekt werden konnte, seine größte Furcht war, zu erblinden. In der Familie Reins war das Essen sehr lässlich. Reins Arbeitskollegen, Sportgenossen und Wirtin bezeichneten ihn als hilfsbereiten Menschen. Insbesondere der letztere. Reins hatte es wegen seiner Augen sehr schwer mit der Arbeitsbeschaffung; man wünscht keinen Maurer mit Brille auf dem Bau. Reins früherer Lehrer schilderte ihn als verschlossenen Knaben, an den man nur sehr schwer herankam. Das letzte Mal hat der Angeklagte seinen Lehrer ein halbes Jahr vor der Tat besucht. Er machte nicht den Eindruck eines Menschen, von dem man eine ähnliche Tat hätte erwarten können. Der Zeuge war wie erschlagen, als er hörte, was geschehen sei. Ähnlich erging es auch sämtlichen Leumundszeugen.

Ein Postbote, der als Zeuge vernommen wird, nannte den getöteten Gebirgsführer Schwan einen äußerst pflichttreuen Beamten. Seine Kollegen konnten nicht begreifen, wieso er sich über die Verfügung der Postbehörde hinwegsetzte hatte und dem unbekanntem Mieter in die Wohnung gefolgt war. Aus seiner Bearbeitung der Verbrechen an Briefträgern könne er sagen, daß Ueberfälle in den Wohnungen stets mit dem Tode geendet haben.

Ueberlegung nicht unbedingt ausgeschlossen.

Als erster psychologischer Sachverständiger kam der Leiter der Berliner Heilanstalt, Behne, an die Reihe. Er betonte die hypochondrische Grundstimmung des Angeklagten, die als seelische Anomalie nicht unberücksichtigt bleiben dürfe. Diese Grundstimmung habe im Laufe der Jahre durch die vielen Erlebnisse ständig Nahrung erhalten, so z. B. durch das Abgleiten der Fa-

mille in das Proletariat, durch die Behandlung, die ihm durch den Vater während der Lehrjahre zuteil geworden, durch den Tod des Bruders, durch Krieg und Revolution, durch die Demütigungen, die der Mutter zuteil wurden, durch die Furcht, gleich dem Vater zu erkranken, durch die Angst zu erblinden usw. Seine verstärkten Minderwertigkeitsgefühle suchten Ausgleich im Geltungsdrang, in Herrschsucht und in Selbstüberhöhung. Im großen und ganzen sei aber der Fall Reins nicht als soziales Problem aufzufassen. Erst seine besondere Stellung machte das Verbrechen möglich.

Oberstudiendirektor Dr. Kowerau ergänzte das Gutachten insofern, als er noch ganz besonders die Eigenart des Angeklagten unterstrich, sich fanatisch auf ein Ziel einzustellen. Er hob auch hervor, daß seine Bruderliebe zu seiner Schwester Johanna, die er das Anzeum mit den Kurfürstendamm-Schülerinnen besuchen ließ, ihm zum Verhängnis geworden sei; durch sie ist in ihm die unglückselige Mischung zweier Wesen entstanden. Im Kampf gegen die Welt der Mutter und der beiden Schwestern, an der er teilhaben wollte, aber nicht konnte, ist er unterlegen.

Der leitende Fürsorger des Landesjugendamtes, Ehrhardt, kennzeichnet eingehend die seelischen Folgen der Arbeitslosigkeit auf Jugendliche: die psychische Benennung, die allmähliche Abbröckelung der Persönlichkeit, die Abtötung von der Familie, die Stauung von Affekten, die eines Tages unerwartet zur Explosion führt.

Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, der eine Reihe sehr sympathischer Züge des Angeklagten anerkannte, besprach ausführlich seine beiderseitige erbliche Belastung, seine Erbsyphilis, die eine Verminderung seiner Widerstandsfähigkeit zur Folge haben mußte und seine hervorragende seelische Eigenschaft, alles schwärzer zu sehen als es ist. Er gelangte zum Schluß, daß bis zur Ausführung des Schlags die Ueberlegung den Barrang gehabt habe vor irgendwelchen Affekten; die Gesetze des Handelns bei dem darauffolgenden Kampfe seien dagegen als unumstößlich zu betrachten. Es mag sein, daß hierbei die Affekte bestimmend gewesen seien. Ob die Ueberlegung in diesem Stadium trotzdem noch überwogen habe — das zu entscheiden sei Aufgabe des Gerichts. Vom medizinischen Standpunkt sei zu sagen, daß die Möglichkeit einer gewissen Abblendung der klaren Ueberlegung durch die Affekte nicht ausgeschlossen erscheine, ebenso wie die entgegengegesetzte Möglichkeit.

Der Vorsitzende präziserte das Gutachten der Sachverständigen dahin, daß die Ueberlegungsfähigkeit also nicht als unbedingt ausgeschlossen zu betrachten sei, daß aber unter Umständen die Affekte doch bestimmend gewesen sein können.

Heute finden die Plädoyers statt. In den späten Nachmittagsstunden ist das Urteil zu erwarten.

Gasexplosion in Berlin W.

Mädchen durch leichtsinniges Hantieren am Gasherd verletzt

In der Zoologischen Handlung von Hehlke in der Eislebener Straße ereignete sich am Freitag nachmittags eine folgenschwere Gasexplosion, bei der eine junge Angestellte schwere Brandverletzungen erlitt.

Hinter dem Baden befindet sich ein kleiner Raum, der als Kaffeeküche hergerichtet ist. Nachmittags mochte sich die 18 Jahre alte Angestellte Elise Köschl aus der Augsburger Straße 22 auf dem Gasofen Kaffee kochen. Dabei hatte das junge Mädchen übersehen, daß der zweite Hahn des Kochers halb offen stand. In kurzer Zeit strömten größere Gasmengen aus, die den kleinen Raum bald gänzlich erfüllten und durch die Flamme des zweiten Gasornes zur Entzündung gebracht wurden. Unter lauter Detonation entzündete sich das Gas und eine Stichflamme setzte die Arbeiter der Angestellten in Brand. Die Unglückliche erlitt am ganzen Körper schwere Verbrennungen und mußte durch die Feuerwehr in das Wilmerdorfer Krankenhaus nach der Köpenicker Straße gebracht werden. Durch den Luftdruck wurde noch eine fünf Meter lange Wand zum Einsturz gebracht.

Die Feuerwehr hatte längere Zeit mit den Aufräumarbeiten zu tun.

Gegen den Impfwang.

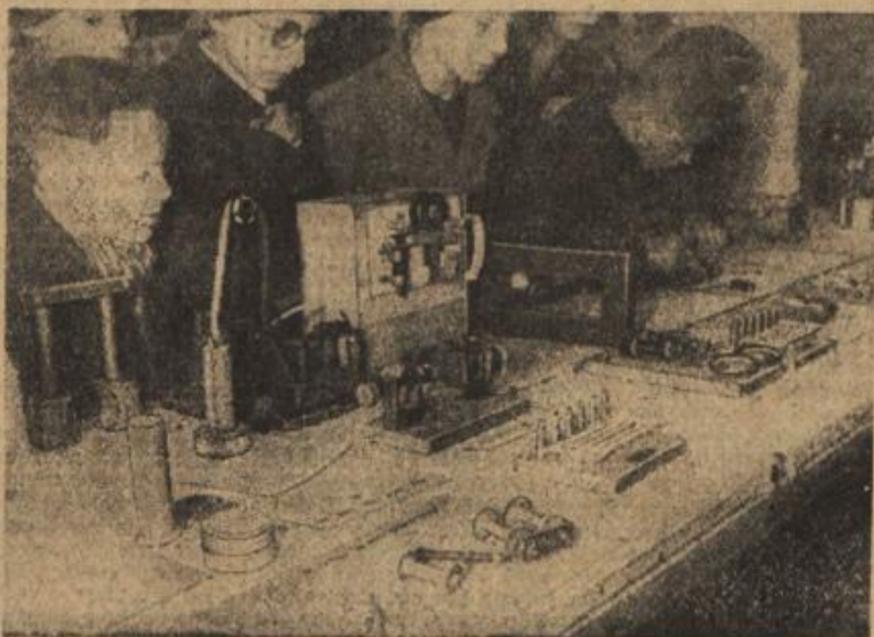
Im Rahmen der von den Impfgegnern einberufenen Versammlung unter dem Motto „Die Impfung eine Volksgesfahr“ sprach Herr Dr. med. Wilhelm Wink. Er ging von der auch von Großhahn nachgewiesenen Tatsache aus, daß eine Pockenepidemie in der heutigen Zeit der Hygiene und Kultur nicht mehr befürchtet werden kann.

Die Pocken sind eine ausgesprochene Schmutzkrankheit und, wie alle anderen Seuchen, praktisch verschwunden. Wichtig ist, daß die von den Anhängern der Schutzimpfung behauptete Immunität sich gerade während des Krieges bei dem von den Pocken befallenen Kindern, die kurz vorher geimpft waren, nicht bemerkbar machte. Wichtig ist es, daß man heute weiß, daß zu den Impfschäden die sogenannte Encephalitis (Gehirnentzündung) gehört, die, wenn sie nicht zum Tode führt, eine fortschreitende Verblödung des Kindes zur Folge hat. Es wurden bei den verschiedenen Arten der Impfschäden eine Sterblichkeit von 34 Prozent beobachtet. Wichtig ist ferner, daß gerade, wie auch Großhahn in seiner „Sozialen Pathologie“ ausführlich in vielen Kulturländern wie England, Holland, der Schweiz usw. der Impfwang aufgehoben ist, und es ist eines der letzten Verdienste des so früh verstorbenen Genossen Großhahn gewesen, daß auch für Deutschland der Impfwang in der Form, daß das Kind von der Polizei geholt wird, wenn die Eltern Impfgegner sind, dahin umgeändert wurde, daß Eltern nicht mehr gezwungen werden können, das Kind zu impfen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß die Bestrebungen der Genossen Großhahn und Hermann Wenl eine Entschädigungspflicht für Körperverletzungen durch Impfen noch nicht gesetzlich festgelegt worden ist. Auch vom juristischen Standpunkt aus sollte einmal die Regierung, die überall nach Spornmöglichkeiten sucht, die Ausgaben infolge der Impfgesetze, die jährlich 50 Millionen betragen, absetzen, da, wie die bedeutendsten Sozialhygieniker schon vor Jahrzehnten nachwiesen, in der heutigen Zeit eine Pockenepidemie vollkommen ausgeschlossen ist, da die kulturellen Bedingungen der breiten Massen

Strengste Abhärtung vermag Sie in der rauhen Jahreszeit nicht vor Infektion und gefährlichen Krankheiten der Winterzeit zu schützen. Lassen Sie sich 1-2 Panzervaccin in die Wunde spritzen. Von ärztlichen Autoritäten ist Panzervaccin als wirksamstes Desinfektionsmittel anerkannt.

Ausstellung der weltlichen Schulen Neuköllns

Die Arbeit der neuen Schule trägt reiche Früchte. Das zeigt wieder die schöne, interessante und lehrreiche Ausstellung der weltlichen Schulen Neuköllns in dem leerstehenden neuen Obdachlosen-Asyl. Besondere Verdienste um das Zustandekommen der Ausstellung, die noch bis zum Sonntag geöffnet ist, hat sich das Bezirksamt Neukölln erworben. — Die im Bilde gezeigten Apparate wurden von den Kindern selbst gebaut.



Das Experiment der Zinsensenkung.

Eine populäre Maßnahme mit größten Gefahren für die Kreditversorgung.

Von allen Teilen der Rotverordnung wird wahrscheinlich die zwangsweise Zinsensenkung für Hypotheken und Pfandbriefe und für Anleihen öffentlicher Körperschaften und privater Unternehmungen den meisten Beifall in weiten Kreisen der Bevölkerung finden. Erstens genießen Gläubiger, das heißt Leute, die anderen Geld geborgt haben und dieses Geld nicht nur eines Tages zurück haben wollen, sondern darüber hinaus noch Zinsen verlangen, gefühlsmäßig niemals große Sympathien in der Öffentlichkeit. Zweitens sind selbstverständlich die Schuldner sehr angenehm davon berührt, wenn ihnen der Staat die Zinsen herabsetzt. Drittens ist durch die Verbindung zwischen Zinsherabsetzung für Hypotheken und Mietensenkung die Gesamtheit der Mieter, die sonst nichts mit dem Kapitalmarkt zu tun hat, an dieser Maßnahme interessiert. Was kann es, wenn man so vielen Leuten damit Freude machen kann, viel verschlagen, wenn die besten Vertreter der volkswirtschaftlichen Wissenschaft ohne Unterschied der Parteirichtung und ein paar besonnene Praktiker aus dem Lager des Unternehmertums und der Arbeiterschaft vor diesem gefährlichen Experiment der Zwangs-konversion gemarnt haben.

Sicherlich gibt es von unserem Standpunkt aus viel schlimmere Teile der Rotverordnung als das Zinsexperiment. Sicherlich haben wir allen Anlaß, das Schwerkriegs unserer Kritik auf das Zwangs-diktat der Lohnsenkung, auf die Abbaubestimmungen der Sozialversicherung und die Unzulänglichkeiten der Kontrolle der monopolistischen Preise zu richten. Aber daneben scheint es uns doch notwendig,

auf das höchst ansehbare Experiment hinzuweisen.

das unseres Erachtens in diesem Zinsenkungsunternehmen liegt, auf die wirtschaftlichen Gefahren hinzuweisen, die in ihm enthalten sind, und klarzustellen, daß es sich hier nicht um ein sozialistisches Experiment handelt, sondern um eine Auswirkung gewisser kleinbürgerlicher Stimmungen, auf Grund deren man versucht, an einem Symptom herumzutüfteln, ohne das Uebel an der Wurzel anzupacken.

Wir wollen dabei die Frage der Gerechtigkeit der Behandlung für manche Gläubigerkreise ganz ausschalten. Wir anerkennen, daß es in Zeiten eines Notstandes und in Zeiten, in denen gegen die breiten Massen der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung mit großer Härte verordnet wird, nur von untergeordneter Bedeutung ist, ob es im Einzelfall gerecht ist, den Sporer, die ein erpartes Vermögen verwaltende Organisation oder das Sozialversicherungsinstitut in den Zinsbezügen zu beschränken auch gegenüber Schuldnern, die in diesen Fällen mit dem entliehenen Gelde ganz gute Geschäfte gemacht haben. Es muß in diesem Zusammenhange nur darauf hingewiesen werden, daß es sich praktisch bei dieser Verordnung

keineswegs nur um einen Gläubigerverzicht zugunsten von Mietern handelt, sondern daß zum Beispiel auch alle mit Hypotheken oder Obligationenschulden belasteten Großunternehmungen auf Kosten der Gläubiger begünstigt werden.

Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß dadurch, daß der gesetzliche Eingriff schematisch an die Höhe des nominalen Zinsfußes über 6 Proz. anknüpft, sich große sachlich nicht begründete Verschiedenheiten in der Entlastung der Schuldner ergeben, weil der tatsächliche Zinsfuß einer aufgenommenen Schuld sich — sei es durch den Ausgabekurs von Schuldscheinen, sei es durch den Auszahlungszug bei Hypotheken — oft ganz anders stellt als der nominale.

Weiter kommt hinzu als verwirrendes Moment, daß die im Ausland abgegebenen Schuldverschreibungen und dementsprechend die für sie als Deckung dienenden Hypotheken von der Zinsenkung ausgenommen sind. Daraus ergibt sich zum Beispiel, daß tüchtige Unternehmungen, die vor einigen Jahren für Baufinanzierungen langfristige Kredite etwa zu 7½ Proz. vom Ausland erhalten haben, nicht entlastet werden, während minder tüchtige, die zur gleichen Zeit in Deutschland Geld für 8 Proz. aufgenommen haben, jetzt eine zweiprozentige Entlastung erhalten. Ebenso werden natürlich alle landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmer, die sorgsam in möglichst hohem Umfange mit ihrem Eigenkapital gearbeitet haben, von der

Begünstigung nicht betroffen, die diejenigen im höchsten Maße erhalten, die sich ohne Rücksicht auf die Zinshöhe am stärksten verschuldet haben. Das sind ungleiche Wirkungen, deren Gefahr viel weniger auf dem Gebiete der Gerechtigkeit liegt als auf dem Gebiete der Hemmung des gesunden Ausleseprozesses, auf dem Gebiete

der Begünstigung des schlechten Wirtes gegenüber dem guten Wirt.

Aber all diese Unebenheiten und problematischen Folgen der Zinskonversion würden leicht wiegen, wenn wir es nur mit der Regelung alter Schuldverhältnisse am Kapitalmarkt zu tun hätten, und wenn nicht die viel ernstere wirtschaftliche Frage vor uns stünde, welche Rückwirkungen von diesem Zwangseingriff für die künftige Gestaltung des Kapitalmarktes, für die Möglichkeit, neue langfristige Kredite aufnehmen zu können, entstehen werden.

Die Rotverordnung verzichtet zwar darauf, einen Höchstzinsfuß für neue Darlehensverträge festzusetzen, sie begnügt sich damit, die Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen künftig an die Genehmigung der Reichsregierung zu binden. Aber muß man nicht ganz selbstverständlich damit rechnen, daß, solange das Angebot an erpartem Kapital, das für Kreditverträge zur Verfügung steht, viel geringer ist als die Nachfrage nach Krediten für die Wirtschaft, sich das Kapital fernhalten wird von langfristigen Anlagen, für die das Gefühl der Sicherheit in der Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen durch die zwangsweise Zinskonversion erschüttert ist?

Es ist eine alte Erfahrung, daß man eine Ware mit Höchst-

preisen nicht bewirtschaften kann, wenn ihr Angebot am Markte knapp ist. Dann bleiben die Höchstpreise auf dem Papier, und es entwickelt sich ein Schleichhandel. Was für jede Ware gilt, gilt in noch höherem Maße für Leihkapital.

Denn das Leihkapital ist auf der einen Seite am allerbeweglichsten und auf der anderen Seite am allerempfindlichsten gegen Vertrauensrisiken.

Der beunruhigte Sporer kann das Kapital sehr lange vom Markte fernhalten, er kann aber auch unendlich viele Wege gehen, um der Gefahr des gefehlichen Eingriffes zu entgehen. Er kann ganz legal auf die langfristige Anlage verzichten und sein Geld nur kurzfristig anlegen. Er kann auf Schleichwegen bei langfristiger Anlage einen niedrigeren Zinsfuß sich ausbedingen und sich der Marktlage entsprechend durch hohe Nebenleistungen schadlos halten. Er kann schließlich die Fluchtwege ausnutzen in Gebiete, in denen er sich vor Eingriffen in die Bedingungen von Kreditverträgen sicherer fühlt als in Deutschland.

Diese Gefahren mögen alle geringfügig erscheinen in dem Augenblick, in dem es ohnedies auf Grund der Vertrauenskrise in Deutschland nur ein außerordentlich geringes Kapitalangebot gibt. Aber wenn wir uns darüber im klaren sind, daß die wichtigste Voraussetzung für die Besserung der Konjunktur gerade in der Ueberwindung der Vertrauenskrise, in der Wiederherstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes liegt, so dürfen wir die Hemmungen für die Erreichung dieses Zustandes nicht gering betrachten.

In der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich

Achtet auf die Preise!

Die Verbraucher, denen man das Einkommen kürzt, müssen die Preise kontrollieren.

Die Lohn- und Gehaltsenkung ist dekretiert und sicher. Die Preisenkung ist zwar auch angeordnet, ihre Durchführung und ihr Ausmaß sind aber unsicher. Es wird der aufmerksamsten Mitarbeit und Kontrolle der Verbraucher bedürfen, damit das Höchstmaß der Preisenkung für die Wettmachung der Einkommensverringering erreicht wird. Es werden Löhne und Gehälter, Frachten, Zinsen und Mieten, auch für die Produzenten und Verkäufer gesenkt. Diese Entlastung soll in den Preisen zum Ausdruck kommen. Das ist es, was die Verbraucher zu kontrollieren haben.

Die ersten Preisenkungsmaßnahmen sind schon bekannt. Industrien, die das Weihnachtsgeschäft ausnützen wollen, gehen voran. Produzenten und Händler von Photoapparaten haben den 1. Januar nicht abgewartet, sondern mit sofortiger Wirkung die Preise um 10 Proz. herabgesetzt. Das gleiche wird für die Schallplattenindustrie gemeldet.

Die Versorgung mit Hausbrand

ist vielfach, weil die Gelder fehlten, nur von der Hand in den Mund erfolgt. Die Kohlenindustrie hatte darunter zu leiden. So ist es verständlich, daß vom Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat ebenfalls beschlossen ist, mit Wirkung ab 11. Dezember die Braunkohlenpreise, d. h. für die Berliner Verbraucher die Brikkettpreise zu senken. Hier muß die Preisenkung über 10 Proz. erheblich hinausgehen, weil neben der Lohn- auch die Frachten- und Zinsenkung zu berücksichtigen ist, weil die Preise überhöht waren, weil auch die Zwischenverdienste der Großhändler gekürzt werden können. Der Preisabschlag für den Brikkett-einzelhandel und ebenso die Preiskontrolle wird noch durch eine besondere Verordnung geregelt, die wahrscheinlich der Reichskommissar Görbeier erlassen wird. Wir haben gestern schon geschrieben, daß für Britetts beim letzten Verbraucher eine Preisenkung bis zu 20 Proz. erreicht werden mußte, ohne daß der kleine Händler ungerecht behandelt wird.

Die Steinkohlenvariante hatten es bisher mit ihren

Preisbeschlüssen noch nicht so eilig, obwohl für sie dieselben Gesichtspunkte gelten. Wie man es aber bei der Schwerindustrie gewöhnt ist, macht man dort Winkelzüge, um die für die Bergwerke ohnehin sehr günstige Rotverordnung — die Entlastungen dürften die Preiseinbußen nicht unerheblich übersteigen — zur Erlangung von Sondergewinnen auszunützen. So spricht man schon von der Schaffung eines Kohlenzölles, der offenbar die Preisenkung wieder aufheben würde. Die Öffentlichkeit muß hier den Reichswirtschaftsminister bei der Bekämpfung solcher Versuche mit ihrer Aufmerksamkeit und Kritik vorwärtsstreifen.

Auch bei allen Markenwaren

ist eine 10prozentige Preisenkung zum 1. Januar angeordnet. Wieder läge es im Interesse der Produzenten und Händler, nicht erst die Käufer zum Abwarten der Preisenkungen zu ermuntern, sondern sofort zu handeln. Hier geht ein Streit darum, in welchem Ausmaß sich Produzent, Großhändler und Einzelhändler an der Preisenkung beteiligen sollen. Die Zigarettenindustrie, die größtenteils ebenfalls Marken produziert, will von der Preisenkung nicht betroffen werden. Sie beruft sich darauf, daß der Uebergang von der Reiner- zur Zehnerpackung den Preisabbau bereits vorweggenommen habe. Hier wird man näher zusehen und auf die Entscheidung der Behörden achten müssen. Jedenfalls handelt niemand klug, der bei allgemeiner Einkommensverringering der Massen nicht selbst zur stärksten Preisenkung beitragen möchte. Sonst verkauft er einfach nichts. Gerade für das Weihnachtsgeschäft ist das wichtig.

Im übrigen sieht es so aus, als ob die Durchführung der Kartellpreisenkung noch große Schwierigkeiten bietet und als ob sich mehrere Industrien darauf berufen wollen, daß die Rotverordnung dem Reichswirtschaftsminister die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen zugestehet. Diese Schwierigkeiten scheinen zunächst von der Eisen-, Zement- und Düngemittelindustrie gemacht zu werden. Die Preisregelung in der Rotverordnung mag so schlecht sein wie sie will — Winkelzügen wird man hier begegnen müssen.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO



JOSETTI

6 STÜCK 20 ⚭

> IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE %M. <

Die Kapitalbildung in der Form, daß auf der einen Seite individuelle Ersparnisse aus dem Einkommen gebildet werden und auf der anderen Seite die Anlegung dieser Ersparnisse in der öffentlichen oder privaten Wirtschaft dadurch ermöglicht wird, daß sie auf dem Kreditwege den öffentlichen Körperschaften oder Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden. Die Kapitalbildung funktioniert nicht, wenn entweder nirgends Ersparnisse gemacht werden oder wenn der Prozeß der Ueberleitung von den individuellen Ersparnissen zur Anlage gestört wird.

Zeit Jahren hat man von allen offiziellen Stellen immer wieder die mangelhafte Kapitalbildung und Kapitalverföhrung in Deutschland als eine wesentliche Quelle der Krisenverschärfung bezeichnet. Man hat darin oft übertrieben, aber auf manchen Gebieten, wie zum Beispiel in der Besteuerung, hat man Gesichtspunkte der Gerechtigkeit dem höheren Ziel der Kapitalverföhrung geopfert. Und jetzt macht man einen Eingriff auf dem Gebiete der Zinsregelung, der unseres Erachtens viel mehr als die Besteuerung hoher Einkommen oder die Besteuerung von Kapitalerträgen geeignet ist, die Kapitalbildung, nämlich den Weg von der individuellen Ersparnis zur Anlagemöglichkeit, für die Zukunft zu erschweren.

Wie lange wird die Freude über die Entlastung bei den alten Schulden anhalten,

wenn man sieht, daß die Finanzierung von Neubauten oder Unternehmungen durch die Neuaufnahme langfristiger Schulden nicht verbilligt, sondern erschwert, möglicherweise verteuert werden wird? Statt durch eine planmäßige Bewirtschaftung des Kapitalmarktes, das heißt durch eine Lenkung des Kapitalstromes von den großen Sammelbanken der Kreditinstitute aus in die volkswirtschaftlich wichtigsten Anlagezweige (wie sie das Ziel der Bankentkontrolle sein sollte), eine Besserung des Verhältnisses zwischen Kapitalangebot und Anlagebedarf planmäßig anzubahnen, die dann ihrerseits die Zinsentlastung auch für langfristige Anlagen zur Folge haben würde, macht man das Experiment eines recht rohen Eingriffes in die bestehenden Darlehensverträge, ohne sich viel um die Rückwirkungen auf den künftigen Kapitalverkehr zu kümmern.

Wir sind gewiß keine Gegner von regelnden Eingriffen in die freie Wirtschaft, aber gerade weil wir diese Eingriffe für notwendig halten, glauben wir, daß sie nur mit kluger und weitföhriger Ueberlegung gemacht werden dürfen und nicht in einer Weise, die im Augenblicke viele Freunde finden mag, die aber den Weg zur Gesundung mehr erschwert als sie die augenblickliche Lage erleichtert.

Geh't den Hypothekenbanken schlecht?

Müßten die Grund- und Hausbesitzer entlastet werden?

In der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Zentral-Boden-Kredit A. G., die zum Hypothekendarlehenverband der Gemeinshaftszgruppe gehört, wurde mitgeteilt, daß die Gewinne der abgelaufenen Monate des Jahres 1931 annähernd denen des Vorjahres entsprechen. Ferner wurde mitgeteilt, daß sich die Rückstände auf Darlehenszinsen bis zum 8. Dezember auf 9,9 Millionen gegen 3,3 Millionen Mark am Ende des Jahres 1930 erhöht haben. Auf die Zinsrückstände von Ende 1930 sind inzwischen 60 Proz. eingegangen. Von den 9,9 Millionen entfallen 4,40 Millionen auf ländliche, 4,60 Millionen auf städtische Verhältnisse und nur 0,57 Millionen auf kommunale Darlehen. Es wird weiter mitgeteilt, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen in den ersten neun Monaten 1931 betrug 1084 (1930: 1024) (sämmtlicher Versteigerungsobjekte) gegen 122 für das ganze vorige Jahr.

Diese Zahlen sind außerordentlich schrecklich. Die schwer verdienenden Hypothekenbanken waren die Haupttreiber zur Abschaffung der Hauszinssteuer mit der Begründung, daß die städtische und ländliche Grundbesitzwirtschaft und damit auch die Hypothekenbanken ernstlich gefährdet seien. Die Ziffern der Zentral-Boden-Kredit A. G. beweisen, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen und der Zwangsverwaltungen gegenüber dem Vorjahr, wenn man die furchtbare Verschlechterung der Wirtschaftslage berücksichtigt, überhaupt keine Verschlechterung zeigt (!) und daß die Summe der Zinsrückstände trotz ihrer Steigerung auch nicht entfernt jener Schwarzmoserei Rechnung trägt. Außerdem bestätigt die Zentral-Boden-Kredit A. G. selbst, daß sie dieselben Gewinne erzielt habe wie im vergangenen Jahr.

Damit fällt neues Licht auf die Falschheit der Voraussetzungen, von denen die Reichsregierung bei der Abfassung ihrer Notverordnung ausgegangen ist.

Die Sanierung bei Minimag. Die Generalversammlung der Minimag A. G. in Berlin und Neuruppin nahm ohne Diskussion den Vorschlag der Vermaltung auf Herabsetzung des Kapitals von 4 auf 0,5 Mill., also im Verhältnis 5:1, an. Zwei Aktionäre stimmten gegen den Beschluß, ohne daß jedoch auch diese geringe Opposition die sensationellen Vorschläge der Vermaltung zur Debatte stellten. Nach dem Sanierungsplan werden insgesamt 700 000 Mark Abschreibungen und für 3,25 Millionen „Berichtigungen“ vorgenommen. Da auch auf die für den Ausbau des neuen Schaumlöschverfahrens gepachteten Gebäude und Grundstücke in Neuruppin größere Sonderabschreibungen vorgenommen worden sind, scheinen sich die Erwartungen, die Minimag vor einigen Jahren bei der Einführung dieses neuen Verfahrens auf Ausdehnung des Exportes gesetzt hat, nicht in Erfüllung gegangen zu sein.

Baumwollspinnereien unter Pfunddruck. Die allgemeine Lage in der deutschen Baumwollspinnerei war im November stark ungleich. Verschärft hat sich die Situation bei den Feinspinnereien, da die neuen scharfen Kursverluste des Pfundes die englischen Spinnereien in die Lage versetzen, jedes deutsche Angebot zu unterbieten. Schon im Oktober war die Einfuhr englischer Feingarne gegen den September um 23 Proz. gestiegen. In anderen Betriebszweigen, so bei den Feinspinnereien, hat sich die Lage etwas besser gehalten. — Ueberraschend wirkt die Forderung des Verbandes der Baumwollspinnereien, die Einfuhr englischer Fabrikate durch Devisenkontingentierung zu dröhlen, denn bisher haben Industrie und Industrieverbände diese Art der Devisenkontingentierung geschlossen als gefährlich abgelehnt.

Notverordnung und Löhne.

Kommentar des Staatssekretärs Dr. Geib.

Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium sprach gestern im Rundfunk über „Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten nach der neuen Notverordnung“. Er gab einen Ueberblick über die rechtlichen Auswirkungen, die sich aus dem ersten Kapitel des 6. Teiles der neuen Notverordnung ergeben.

Es sollen demzufolge mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne und Gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden. Damit ist, wie Dr. Geib ausführte, nur der Grundgedanke ausgesprochen. Die Lohnsenkungen sollen bis zu 10, aber nicht mehr als 10, aber in verschiedener Beziehung Abwandlungen zuläßt. 10 Proz., oder, falls seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung vorgenommen wurde, bis zu 15, aber nicht mehr als 15 Proz., betragen, auch wenn die Löhne am 10. Januar um mehr als 10 oder 15 Proz. niedriger waren. Für die im Kohlen- und Kalibergbau Beschäftigten ist, ohne Rücksicht auf die Löhne vom 10. Januar 1927, eine Lohnsenkung von 10 bzw. 15 Proz. vorgeesehen, ebenso für alle Arbeiter und Angestellten, für die es am 10. Januar 1927 eine tarifliche Regelung nicht gab.

Wo Unklarheiten über die neuen Lohnsätze entstehen, sollen die Tarifvertragsparteien untereinander zur Einigung zu kommen versuchen. Ist dies bis zum 19. Dezember 1931 nicht gelungen, so tritt der Schlichter in Funktion, auch wenn die Parteien ihn nicht angerufen haben. Er entscheidet als sachverständige Verwaltungsbehörde endgültig und für beide Parteien bindend. Seine Entscheidung, auch wenn sie erst nach dem 1. Januar 1932 ausgesprochen wird, hat für diesen Termin rückwirkend Gältigkeit.

Die Festsetzung der neuen Lohnhöhe wird dort oft Schwierigkeiten machen, wo die Tarifverträge von 1927 unter der Voraussetzung von Sozialzulagen abgeschlossen wurden, die heute nicht mehr gezahlt werden. Auch werden infolge eines veränderten Arbeitsprozesses die Akkordfestsetzungen von 1927 nicht immer zu den heute bestehenden Akkordlöhnen parallel gesetzt werden können. Die Laufzeit der Tarife, sofern nicht eine längere Dauer vereinbart ist, wird allgemein bis zum 30. April 1932 verlängert.

Sie kann, wenn dies für die ruhige Fortentwicklung der Wirtschaft notwendig erscheint, sogar bis zum September 1932 ausgedehnt werden.

Der Staatssekretär Dr. Geib hat es in seinem Kommentar vermieden, auf die praktischen Auswirkungen der Notverordnung einzugehen. Wir haben schon an einzelnen Beispielen aufgezeigt, daß die Notverordnung mit ihrer schematischen Lohnsenkung vielfach zu ganz unhaltbaren Zuständen föhrt.

Bei der Reichsbahn z. B. würde die vorgeesehene Lohnsenkung von 10 Proz. bedeuten, daß ein vollföhriger ungelerner Arbeiter im Wirtschaftsgebiet I — das ist der ganze Osten — einen Stundenlohn von 46 Pf. bekommen würde! Nur in wenigen größeren Städten erhalten diese Arbeiter eine geringfügige Ortslohnzulage. Dazu kommt, daß diese Arbeiter in den Monaten Januar bis März 1932 je drei Feiertagen haben. Wie soll ein ehelicher Arbeiter sich und seine Familie mit einem solchen Lohn durchbringen?

Wenn dem Schlichter für die Privatindustrie gewisse Möglichkeiten gegeben sind, die größten Unstimmigkeiten auszugleichen, wovon die Schlichter hoffentlich auch Gebrauch machen werden, bei den Arbeitern der öffentlichen Betriebe gibt es nur eine Zwangsvorschrift. Genau so verhält es sich mit den Beamten.

Der Staatssekretär Dr. Geib wies in seinem Vortrag darauf hin, daß es unumgänglich notwendig sei, zwischen den Parteien selbst zu einer Einigung zu kommen, weil sonst die Schlichter eine kaum zu bewältigende Arbeit bekommen würden. Hat man etwa im Reichsarbeitsministerium angenommen, daß die Unternehmer, weil sie doch angeblich gegen einen Zwangseingriff des Staates in die Wirtschaft sind, von der Notverordnung einen Gebrauch machen werden, der nicht bis zum Mißbrauch geht? Das wäre wirklich eine sehr naive Annahme. Die Stellungnahme der Berliner Metallindustriellen zeigt, was in dieser Beziehung zu erwarten ist.

Wir haben vergeblich gewarnt und wir lehnen ausdrücklich die Verantwortung für die Folgen dieser Notverordnung ab.

Gleiches Recht für Frau und Mann

Frau darf wegen Verheiratung nicht entlassen werden

Zu dem Problem der Doppelverdiener fällt das Arbeitsgericht Berlin am Donnerstag eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung.

Eine weibliche Angestellte erhielt ihre Kündigung. Grund der Kündigung war lediglich die Eheschließung der Angestellten. Der Unternehmer wollte dadurch den Grundsatz, keine Doppelverdiener zu beschäftigen, durchführen. Der Angestelltenrat hat den Einspruch gegen die Kündigung gebilligt und Klage beim Arbeitsgericht erhoben.

Der Vertreter der Klage, Dr. Dillendorf vom JbA., bezeichnete die Kündigung als unwirksam, weil sie lediglich wegen der Eheschließung erfolgt sei und deshalb gegen die Reichsverfassung verstoße, die die Ehe unter besonderen Schutz stelle. Aber wenn man unterstelle, die Kündigung sei wirksam, so stelle sie eine unbillige Härte im Sinne des § 84 Absatz 1 und 4 BRR. dar, denn die Angestellte sei gekündigt wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht. Man könne sie übrigens auch nicht als Doppelverdienerin ansehen, denn ihr Mann, ein Postangestellter, befinde sich in gekündigter Stellung. Die Angestellte habe auch einen alten Vater zu unterstützen.

Das Gericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Eshner erklärte den Einspruch gegen die Kündigung für gerechtfertigt und verurteilte den Arbeitgeber zur Weiterbeschäftigung der gekündigten oder zur Zahlung einer Entschädigung von 1200 Mark. Die Urteilsgründe belegen, die Kündigung sei an sich wirksam,

denn der in der Reichsverfassung ausgesprochene Schutz der Ehe sei nur ein Programmpunkt, aus dem arbeitsvertragliche Rechte nicht hergeleitet werden könnten. Die Kündigung sei aber eine unbillige Härte, sie sei zweifellos wegen der Zugehörigkeit der Angestellten zum weiblichen Geschlecht erfolgt, denn wenn sie nicht geheiratet hätte, würde sie sich heute noch in ihrer Stellung befinden. Die Angestellte sei also benachteiligt worden, weil sie weiblichen Geschlechts sei. Die Kündigung sei auch nicht durch die Verhältnisse des Betriebes oder durch das Verhalten der Angestellten bedingt. Es liege demnach eine unbillige Härte im Sinne des § 84 Absatz 1 und 4 BRR. vor.

Dieses Urteil ist an sich von grundsätzlicher Bedeutung. Es stellt fest, daß die Frau im Wirtschaftsleben das gleiche Recht hat wie der Mann. Wenn Entlassungen notwendig werden, ist also, soweit auf die sozialen Verhältnisse Rücksicht genommen wird, nicht schematisch festzustellen, wer von den weiblichen Angestellten oder Arbeitern verheiratet ist und also als „Doppelverdiener“ zuerst auszuschließen habe. Die Frau hat das gleiche Recht auf Ehe wie der Mann. Nur wenn sich bei notwendigen Entlassungen — dieser Fall lag hier gar nicht vor — herausstellt, daß eine Verheiratete die sozial Stärkere ist, was keineswegs immer der Fall ist, nur dann wäre ihre Entlassung vor der einer Ledigen gerechtfertigt. Der schematische Unterschied, der zwischen berufstätigen verheirateten Männern und Frauen im allgemeinen gemacht wird, ist also nach dem Urteil des Arbeitsgerichts unzulässig.

ADB. zur Notverordnung.

Existenzmöglichkeit vieler Beamten bedroht.

Aus dem ADB. wird uns mitgeteilt:

Die Bundesinstanzen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben sich im Laufe der Woche mit der neuen Notverordnung der Reichsregierung und mit der durch sie geschaffenen Lage beschäftigt. Die neue schematische Gehaltskürzung, die das gegenwärtige Einkommen der Beamten um mehr als 10 Proz. verringert und die trotz aller Proteste und Warnungen gegen weitere Lohn- und Gehaltsentsetzungen und entgegen dem bisherigen negativen Erfolge einer solchen Politik von der Regierung verfügt worden ist, muß selbstverständlich auf das schärfste verurteilt und zurückgewiesen werden. Wenn der Reichsfinanzminister im Haushaltsauschuß mitteilte, daß z. B. das Gehalt der unteren Beamten noch über dem Friedensniveau stehe, so ist demgegenüber festzustellen, daß das Anfangsgehalt des Schaffners im günstigsten Falle heute schon unter den Bezügen vom Dezember 1924 steht und, gemessen an der Kaufkraft, weit unter das Vorkriegsniveau gesunken ist. Die neuen Kürzungen nehmen vielen Beamten in den unteren und mittleren Gruppen die Existenzmöglichkeit.

Besonders stark ist die republikanische Beamenschaft darüber empört, daß, während bei der Reichswehr die Unmöglichkeit weiterer Kürzungen anerkannt wird, man gegen sie zum viertenmal in noch nicht anderthalb Jahren mit rücksichtslosen Eingriffen in ihre Lebenshaltung vorgeht. Wenn den Beamten nicht mehr die

Möglichkeit gegeben wird, den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten, so braucht man sich über die fortschreitende Radikalisierung großer Teile der Beamtenschaft nicht zu wundern.

Daß der ganze „Plan“, nach dem die Notverordnung die daniederliegende Wirtschaft zu beeinflussen und zu bessern sucht, nichts zu tun hat mit den vom ADB. im Verein mit den freien Gewerkschaften schon seit langem erhobenen Forderungen der planmäßigen Stärkung des inneren Marktes, der Bankenaufsicht, der Kartellkontrolle, der gerechten Verteilung der Krisenlasten u. a. m. Die neue Notverordnung stellt trotz der immer gefährlicher werdenden Zuspitzung der Lage keine Umkehr auf dem bisher beschrittenen Wege sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Unzulänglichkeit dar.

Wenn es gelingen soll, auch nur über die bevorstehenden schweren Monate hinwegzukommen, muß zum mindesten verlangt werden, daß die Lohn- und Gehaltsentsetzungen so lange zurückgestellt werden, bis sich gezeigt hat, ob die Preisabbaumassnahmen zu einer wirklichen Entlastung der Lebenshaltungskosten der breiten Massen geföhrt haben. Es ist nicht möglich, den Kampf um die Erhaltung der so schwer bedrohten demokratischen Republik, der ja allein auf den Schultern der werktätigen Massen ruht, mit Erfolgen durchzuführen, wenn man die seelische und physische Widerstandskraft dieser Massen durch weitere Verelendung vernichtet.

Der preußische Finanzminister Dr. Kiepper empfing am Donnerstag, dem 10. Dezember 1931, Vertreter des Landessekretariats Preußen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu einer Aussprache über die preußischen Ausführungsbestimmungen zu der

Süßigkeiten,
präg' Dir's ein,
sollten stets von

Schönborn
sein!

Großer Weihnachts-Verkauf!

Billig! Qualität! Billig!

Die guten, weichen Spitzkuchen
das schmackhafte Pfefferkuchenherz
Nürnberger Pfefferkuchen

Billig! Qualität! Billig!

Verkauf nur in eigenen Filialen

Eigene Fabrikation

Heinrich Heining: Pietsch

Gustav war traurig. Sein Mund schmeckte die Signale der Uebelkeit, der Cutanazog hing schwarz und fliegend an ihm, die Kravatte hatte sich bodentief nach rechts orientiert und das normale hügelartige Beinleid erinnerte an die Fallentourtechnik des späten Dücker. Er lehnte sein Gesicht gegen den Türposten des Fakultätszimmers, seufzte und sprach zu dem wenig tröstlich dreinblickenden Unterpödeln: „Herr Oberpödel, es ist zum Kohen.“ Der Pödel seinerseits strich dann mit der flachen Hand einige Male über sein Haupt, auf welchem Haarbündel wuchsen, die in ihrer geringelten Form einzeln an Ferkelschwänze und in ihrer Gesamtheit an Eisenfellspäne erinnerten, öffnete den Mund und sprach: „Ja.“

Nach diesem Dialog öffnete sich die Tür und eine Stimme, die in ihrer klugen Gaumigkeit einen Gefangenenkennor vermuten ließ, wandte sich mild an Gustav: „Bitte.“ Im Klange dieses Zones schwang Gustavs Schicksal. Man ging hinein.

Gustav war ganz Ohr. (Der schäbige Sprachgebrauch gewinnt hier Sinn: alles an Gustav war Ohr.) Jede Stelle seines Leibes horchte Selbst die soeben auf der Scheitelmündung geborene Schweifspitze, die sich bereits zu rollen angefangen hatte, stoppte erwartungsvoll ihren Lauf.

Der Professor sprach: „Sie haben, Herr Kandidat, das Examen nicht bestanden.“ In Gustavs Kehle zirpte ein Naturlaut. Es schien so, als ginge sein rechter Arm mit einem Kinndaken schwanger. Aber es schien nur so.

Während der Urteilsbegründung, die der Tenor sang, nickten zwei andere Herren dauernd mit dem Kopf.

Die Dissertation „Pietsch als Spritzer“ sei ganz nett gewesen, wenn sie auch auf langen Strecken eine korrekte wissenschaftliche Methode habe vermissen lassen. Die Hoffnung aber, die man betrefis Kenntnis des Spezialgebietes in der mündlichen Prüfung auf Gustav gesetzt habe, sei nicht erfüllt worden. Wo solle es denn hin, wenn der Herr Kandidat nicht einmal einen Einfluß, und wäre er noch so klein, der Barockgrit herausgefunden habe. Freilich sei Pietsch ein lebender Dichter. Aber müsse nicht gerade deshalb die Kenntnis der Lebensdaten die geradezu eiserne Kation für das Examen sein, müsse nicht, besonders des Metrums wegen, eine Parallele zu und Abhängigkeit von der Struktur einer Wildenbruch-Strophe ohne weiteres aus dem Handgelenk geschüttelt werden können und, im Hinblick auf Gottfried von Straburg, der Wechsel der Silbenzahl für die Wissenschaft ausgebeutet werden? Nein, das ginge nicht. Im übrigen sei schon im Geruch der Trochäenbehandlung zu merken, daß Pietsch zweifellos ein Nachkomme des

italienischen Dante-Epigonon Pitichino sei. So leid es ihnen täte, nein, das ginge nicht.

Die Urte verlang in Gustavs Seelen-Saiten. Er verbeugte sich, machte sich auf und wandelte.

Gustav dachte: sicher ist sicher und fuhr zu Pietsch. Er wollte, für das nächstemal, an der Quelle schöpfen.

Pietsch saß im Gemach. Ein Kanarienvogel sprach piep und schaute melancholisch auf das, was er soeben gemacht. Dann kam Gustav.

„Meister, wo waren Sie 1913?“ Pietsch mähnte erschrocken, daß Gustav von der Polizei sei.

„Herr Pietsch, lesen Sie die Verse Ihres Ahnen Pitichino im Urtegi?“ Pietsch rückte ängstlich den Stuhl zurück, weil er glaubte der Gast sei wahnsinnig.

„Ich beschwöre Sie, Meister, sagen Sie mir: wann lesen Sie zuerst Wildenbruch?“ Pietschs Seelenoulkan entlud eine höhnvoll lachende Tonlava: „Nie, das wolle Gott.“

Da es Gustav im letzten Augenblick gelang, Pietsch über die Voraussetzungen seiner merkwürdigen Fragen aufzuklären, entging er dem Schicksal und wurde nicht die Treppe heruntergeworfen. Im Gegenteil: Pietsch und Gustav betranken sich gemeinsam.

Am nächsten Morgen war Pietsch verlatert und neugierig.

Gegen das Fenster des Dozentenimmers pochte Hagel. Es klang so, als ob der Himmel böse wäre.

Der Tenor saß beglückt einem Manne gegenüber, der sich für Pietsch interessierte. „Ich freue mich,“ sprach er, „Pietsch ist Erdgeruch, Pietsch ist Medizin, Pietsch bestätigt meine Reinspaltungs-Theorie. Jeden Tag nach dem Mittagessen zerlege ich einen Vers. Das ist Genuß, das lohnt, das ist meine Rachspeise.“

Der Herr wurde blaß. Kaum gewährte der Psalmist den Farwechsel in des Besuchers Antlitz, holte er aus zu mächtiger Tirade, seinem Munde zur Lust und seinen Ohren zur Speise und begann also: „Sie sind krank, weiter Freund. Lesen Sie Pietsch und Sie sind gesund. Aber nicht die Lektüre macht des Kenners Vergnügen; nein, die ist Lebenssache. Zählen Sie die Silben, beobachten Sie den großartigen Wechsel ihrer Anzahl, ergötzen Sie sich an der herrlich sich offenbarenben Cäsur, skandalisieren Sie, immer wieder. Das ist etwas, das gibt Nerven, auf diesem Acker wird Ihnen Pietsch ...“

Der inzwischem völlig verblähte Herr sprang plötzlich auf, ging langsam und rücklings zur Tür, sicherte sich die Knie und stammelte schluchzend: „Ich bin Pietsch.“ Dann floh er furchtlos ins Grüne.

Heinrich Heimmer: Bitteres Gelächter

Der mandchurische Nisofaus.

Die beiden grimmigen Faktoren Krieg und Kälte beherrschten wie heute, damals, als ich durchfuhr, das weite mandchurische Sand, bezann mein Freund, ein junger Kaufmann, seine Erzählung. Wenn es ein bagatelles Krieg war, so war die Kälte dafür um so mörderischer — und zu essen gab's auf keiner Station etwas. Das Mittel, in dem ich saß, war pflanzlich (würde man hier sagen, wo man sich keine Vorstellung davon macht, wieviel Chinesen in ein Abteil gehen), als aber ein gelber Unteroffizier auf einer von Militär-Überschwemmungen Station mit der Peitsche knallte, gingen glatt nochmal ebensoviel Soldaten rein. Dieses lebensfähigste Volk, die Chinesen, kann auf dem kleinsten Raum existieren — sowie auf dem größten: nämlich in allen Zonen der Erde (in den Tropen sowohl wie in der Arktis ist mongolisches Blut streich). Die Getreidekörner in offenen Vorderwagen entpuppten sich bei näherem Zusehen als verummante Soldaten: ich dachte, sie wären nur mehr mit dem Eispickel von den Eichenfasz zu kriegen... als es aber dann, in einer ebenfalls pflanzenlosen Station „raus“ hieß für uns alle, löste sich diese Mumien voneinander und legten heftig stampfend und fuchelnd über das verschneite Gleis hinweg.

„Was hast du in dem Sack auf deinem Rücken?“ fragte ich einen Bauern, der mir auf dem Weg nach dem Dorf, dem ich nahrungssuchend zuschritt, begegnete. Er sah, eingebuddelt, und mit einem gefrorenen Bart und dem Sack wie der leibhaftige Nisofaus aus: ein mandchurischer Weihnachtsmann stand vor mir... wird er mir was schenken?“

„Borscht“, antwortete der Bauer. Borscht ist eine beliebte, eine berühmte russische Kohlsuppe. Nimmt man in dieser Winterwilde sein Süppchen mit ins Abteil? Der Sack, den der Bauer ablegte war wie von einer runden Kasserolle gebläht. Ob er mir wohl ein paar Löffel abgeben würde? Ich kinnere verführerisch mit Kopfen in meiner Schatzkammer.

„Zwei Pfund kannst du haben“, sagte der Bauer.

Woll der Karr die Suppe wiegen, dachte ich! — Da entnahm er dem Sack einen Klumpen, das war sein Inhalt, sowie ein Beil. Borscht, Borscht ist hier gefroren wie alles andere. Eine Suppe im festen Zustand... eine Kugel von Kohlsuppe. Der Bauer schwingt das Beil und haut mir eine Scheibe Suppe ab. Dieses gefrorene Sandwich nahm ich mit in den Zug und ließ es auftauen... dabei mußte ich grimmig aufhaken, noch grimmiger aber lachte ich dann später in Sibirien; als ich dort bemerkte, daß es Alkohol war, das da im Thermometer sank und sank: von zwei auf drei Dutzend Minusgrade und drüber. Das Quersüber würde wie die Suppe zu einem Klumpen gefrieren in diesen lieblichen Zonen (weil grimmige Späße sind das), nur Alkohol hält in dieser Bärenfälle stand. — Brrr... Herr Ober, legen Sie nach, und bringen Sie mir einen Bodle...

Die Schuld des Tramps.

Auch mir ist es passiert, daß ich auf einer Ueberlandfahrt ein poarmal in ein bitteres Gelächter ausgedröhen bin, wobei ich dann das Wort: es war in der Zeit, wo ich meine erste Schulung als Tramp bekam... Das will natürlich auch gelernt ein, als blinder Passagier zu reisen; und ich bin das erstmal, als ich blind gefahren bin, selber geblendet worden, so daß ich nichts sehen konnte von der Rocky-Mountains-Herrlichkeit.

Ich hatte in der Fräulein Moore einen netten Aushilfs-polizist-Posten eingebüßt und fuhr mit dem Glads meiner oberzeitlichen Aushilfs-polizist, dem Stillen Ojean zu... das glaubte ich malher Bildung schuldig zu sein sowie meiner Frau, die ich geradeum eine halbe Strecke aus; angeflücht der Rocky-Mountains sagte ich mir dann ein Herz und sprang nach den sachmännlichen Weisungen eines ausgelerten Tramps, mit dem ich mein letztes Mittagsmahl geteilt hatte, einen Witterung an — das ist noch das relativ bequemste und sicherste. Ich hatte natürlich bei meinem ersten Reiseballe nicht gleich Lust, das Risiko auf mich zu nehmen,

bei einer Dachfahrt mit den Schadel an einem Tunnelgewölbe zu zertrümmern oder bei einer Unterwagenfahrt mir den Bauch durch Gesteinschuttsteine aufschlagen zu lassen — daher beschloß ich zwischen den Bogen zu fahren (da kann nicht viel passieren, dachte ich). Ich hatte mich also im Düstern auf der falschen Bahnhofsseite an den dem Kohlentender angestupelten Wagen herangepürt — und beim ersten Ruck, den er machte, stand ich vorne auf dem kleinen Eisenvorsprung, der eine so große Bedeutung für angehende Tramps besitzt. So schmal aber ist dieses Eis, daß ich, um Balance zu halten, den zweiten meiner Globetratterlatzchen auf das Puffer-Ende des Kohlentenders stellte, und anhalten mußte ich mich dann hüben und drüben fest an den Eisenleitern, die an den Wagen in die Höhe laufen — gut.

Aber nun wird es kalt und kälter in dieser Bergnacht, ohne daß man sich die Brust schützen kann. Und gar erst die ungleichen Bewegungen der Wagen eine ganze Nacht hindurch in seinem Körper aufzunehmen und auszugleichen! Ich hatte das Gefühl, als hätte ich die ganze positive und negative Elektrizität der Erde in meinen Eingeweiden zu neutralisieren.

Der Reiseenthusiasmus oblagte trotz allem: als es rosenrot um die bleierne Bergsamtzeit strahlte, die mir wie ein lungenkrankes Nilpferd hinausgepustet kamen. Ein Tramp ist kein Natur-schwärmer im allgemeinen, aber ich Grünhorn lugte nach rechts und nach links aus, geriet in jubelnde Begeisterung über diese Bergwelt... und, um sie besser zu sehen, reichte ich meinen Hals über den Kohlentender hinaus. Da verfinsterte sich plötzlich der Horizont. Als ob ein Vulkan mich anspie, kam ein Aschenregen, nein, eine Schaulöl voll Kohlenstaub mir ins Gesicht geflogen: ein Morgengruß vom Heizer. Der Bosnidel lachte aus vollem Halse und ich mürgte die Bitternis meines Herzens hinab, als ich, wie ein Mohr geschwärzt, wie ein Verbrecher geblendet, mich mit geschlossenen brennenden Augen in die Wagenschlucht zurückdrückte, um auf die erste mögliche Abzweigungsgelegenheit zu warten —

Aber verzogt ein hoffnungsvoller angehender Tramp so rasch? Frisch gewaschen und mit dem Mut des Hungers bekeelt, versuchte ich jetzt in einem speierlichen Gebirgsdorf mein Glück mit einem Ueberlandexpres. Nach ehe es dunkel war, sprang ich (der Fahrplan versprach nichts Gutes mehr für diesen Tag) lähn in eine Wagenschlucht, als der Zug abrassele. Weiterwärts zogen die eisernen Wände mit mir (dachte ich), so Thalassa Thalassa! Da: ein Stoß, ein Ruck... ehe ich begriff, was vorging, waren wir zurück-gelast. Wir folgten — ich hing wie eine Fledermaus zwischen den Wagen — direkt vor das gelangweilte Hinterlandbahnhofsquadrat hin: ins erste Gleis. Ein lautes Lachen, ein Geschrei empfang mich, wie es nur Menschen ausstoßen können, die jahrelang vergebens auf eine spöhliche Gelegenheit gewartet hatten und endlich auf ihre Rechnung kommen. Tramps ermahnt man alle Tage, aber einen ungeschickten Lehrling in dieser Position — es ist zum Tödeln. Mir erschien der Pazifil das bitterste aller Meere und die Gefängniszelle das nächste Obdach. Ist es möglich! Die Menschen brüllen demnach vor Lachen, daß niemand daran dachte, mich fest-zunehmen. Ich schloß wie ein Hase das Gleis entlang. Dort überholte mich der Zug, aus dem mir Fahrgäste und Personal höhnlich lachend und hurra schreiend zuminkten.

Ich wanderte Tramp Tramp, die ganze finstere Nacht wanderte ich über Bahnschwellen. Einmal schreckten mich die Augen einer Bergkappe und ein andermal, als ich gerade über eine gefänderlose Brücke stapfte, die einer Lokomotive. Kom dabei aus dem rechten Gleis, auf dem ich fürdoh ging, oder auf dem linken angefahren? Ich hatte nicht Zeit, länger hinzuschauen, kaum Zeit, einen Gedanken zu fassen: inständig ließ ich die Beine über den Rand herab, mich mit den Händen am Präsenrand haltend, da kam, noch ehe meine Extremitäten über dem AGrund baumelten, der Zug links vorbeigedonnert. Gottseidank. Ich lachte lautlos in mich hinein, wie einer, den man vom Galgen losbindet, es tan mag.

Mein Entschluß war gefaßt, als ich am nächsten Bahnhof anlangte. Ich ritze — hal der Teufel die Tramperei — regulär ins Coupe. Es war am frühen Morgen — ein Auswandererzug. Ein

Schäfer erhob sich von der Entgrauendagerfläche: ein Kr bräules Gepädregal, das über dem Fenster entlang lief... und ich schlang mich hinaus. Nach einer Weile kam eine blaue Röhre den Mittelgang entlang gewandert: der Schäfer. Diese Röhre machte mir eben-soviel Angst wie die Lokomotive (es ist doch ein schmerz Beruf, den sich der Tramp wählt). Die Röhre schaukelte eine Weile herum, einmal kam sie schrecklich nahe: ich drückte mich an die Wand, hielt den Atem an und versuchte, einen anderen Aggregatzustand anzunehmen. Umsonst: ich wurde geschnappt.

Dah man mich aber gleich zum elektrischen Stuhl hinführt wegen nichts weiter als ein bißchen Trampen: das hatte ich nicht erwartet. Wie wild schlug ich auf den Polzisten los, der mich hinaufhob. Da hob er mich eben herunter und sagte: „Kaus, raus, my Boy, wir sind schon längst in Vancouver.“ Ich warnarme den Mann, der mich aus dem Erschöpfungschlaf geweckt hatte, in den ich auf dem Gepädregal verfallen war... und präsentierte mich meiner Frau als ein Kr-la-Tramp.

Weare Kolbrook (New York):

Entläuschte Erwartung

Als wir Frau Widdog bei uns aufnahmen, hatten wir keine Ahnung davon, daß mit ihr eine berühmte Persönlichkeit in unseren Haushalt einzog. Bald jedoch vertraute uns unsere neue Haushilfin an, daß sie früher bei Killingers im Dienst gewesen war. „Killinger?“ rief meine Frau aus. „Sie meinen doch nicht etwa jene Frau Killinger, die unlängst ihren Mann mit einem Hammer umgebracht hat?“

„Mit einer Hacke“, verbesserte Frau Widdog sie milde, aber nachdrücklich. „Frau Killinger bewahrte sie stets in einem Korbe zugleich mit einem Eispickel und einer Spagatrolle auf. — Gott — wie oft habe ich die Hacke in der Hand gehabt!“ sagte sie träumerisch hinzu.

„Waren Sie dabei, als... es geschah?“ fragte meine Frau ein wenig ungläubig.

„Und ob ich dabei war!“ antwortete Frau Widdog mit würdevoller Ruhe. „Ich war doch die Kronzeugin!“ Worauf sie ein abgegriffenes Zeitungsblatt hervorzog, auf dem unter der Aufschrift „Tigerin in Weibsgestalt — Die Zeugin Widdog“ ihre Photographie prangte.

„Tigerin hat man sie in der Zeitung genannt“, erklärte sie. „Aber ich sage Ihnen, sie war ebenjowenig eine Tigerin wie ich oder Sie, gnädige Frau. Und dann hat man ihn auf der Treppe in einer Stullecke gefunden und...“

„Ja, ja“, unterbrach meine Frau sie. „Ich hab' alles gelesen. Vielleicht reden wir von etwas anderem, wenn es Ihnen nichts ausmacht! Es muß doch sicher Ihr Wunsch sein, die Erinnerung an dieses grauenvolle Ereignis loszuwerden.“

„Ach, wenn ich das nur könnte!“ seufzte Frau Widdog. „Aber ich träume jede Nacht davon. Schwere Träume. Wenn Sie einmal in der Nacht jemanden laut schreien oder recht erbärmlich jammern hören, dann brauchen Sie sich nicht im mindesten zu beunruhigen. Das tun dann ich.“

Tagsüber verhielt sich Frau Widdog zumeist schweigend. Aber mir wünschten, sie wäre noch schweigmäher gewesen. Als meine Frau eines Abends den Braten transhierte, trat Frau Widdog unvermutet ein, stieß einen gellenden Schrei aus und entflo. „O, Sie haben mich so erschreckt!“ entschuldigte sie sich nachher. „Kämling Frau Killinger hat auch immer den Braten transhiert, und wie ich Sie mit dem Messer in der Hand gesehen habe, gnädige Frau, da habe ich mich mit einem Male wieder an alles erinnert...“

Ein anderes Mal überraschte uns Frau Widdog mit einer ausgezeichneten Haselnußtorte. „Ja, Frau Killinger hat mich gelehrt, wie man eine richtige Haselnußtorte zubereitet. Und Herr Killinger hat sie immer so gern gegessen. Es war auch die letzte Speise, die er in seinem Leben zu sich genommen hat. Sie haben nämlich auch seinen Magen untersucht, müssen Sie wissen, und der Doktor sagte...“

Seit jenem Vorfall essen wir keine Haselnußtorte mehr. Aber es war klar, daß mit Frau Widdog etwas geschehen mußte. Stets fühlten wir ihre wachsamten Blicke auf uns gerichtet. Mit der Zeit bemächtigte sich unser ein gewisses Schuldgefühl: wir fühlten uns irgendwie verpflichtet, nach dem Beispiel des Ehepaars Killinger zu leben. Wenn ich mich mit meiner Frau besonders gut vertrag, dann seufzte Frau Widdog: „Wie die Tauben haben die zwei zusammen gelebt. Wenn mir jemand gefaßt hätte, daß sie jemals die Hacke in die Hand nehmen werde und...“ — Doch wenn sie irgendeine Meinungsverschiedenheit zwischen mir und meiner Frau entdeckte, dann machte sie mit Falkenblicken über uns, und mörderische Hoffnung glühte in ihren Augen...

Eines Tages hatte ich mit meiner Frau eine Meinungsverschiedenheit über die Vorhänge im Schlafzimmer. Meine Frau bestand darauf, sie glatt herunterfallen zu lassen, damit ihre Länge besser zur Geltung käme. Ich dagegen schlug vor, sie an den Seiten zu raffen, damit das Tageslicht besser zur Geltung käme. Bei dem Versuch, meine Frau zu überzeugen, riß ich die Vorhangstange herunter, die polierend zu Boden stürzte. Meine Frau war wütend. Sie lief in die Küche. „Frau Widdog“, rief sie. „Wo ist der Hammer? Schnell!“ Frau Widdog schnappte nach Luft, überreichte ihr dann den Hammer und folgte ihr auf dem Fuße ins Schlafzimmere. Mit offenem Munde stand sie wie gebannt da und starrte erwartungsvoll zuerst auf meine Frau und dann auf mich. Als meine Frau auf einen Sessel stieg, um den angerichteten Schaden zu beheben, entspannten sich ihre Züge. Graulame Ermüdung malte sich nun in ihnen. Sie glück einem Kinde, das man zur Weihnachtsfeier geufen hat, und das nun vor einem leeren Christbaum steht.

Tags darauf kündigte sie. Offenbar hatten wir es doch nicht verstanden, ihren Erwartungen entsprechend zu leben — oder zu sterben. Die Enttäuschung des Vortages war allzu groß für ihre hoffende Seele gewesen.

(Kontinuierliche Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Roten.)

Bäume, die sich übertreffen. Haustiere übertreffen sich bekanntlich dann und wann. Von den Pflanzen dagegen ist im allgemeinen bekannt, daß sie von den Borräten an Mineralstoffen, die der Boden ihnen liefert, nur eine begrenzte Menge aufnehmen. In neuerer Zeit hat allerdings die Fortwissenschaft an Buchen und Eichen Beobachtungen gemacht, die als Folge einer Ueberernährung erkannt wurden: die Bäume waren tatsächlich geplagt. Dieses Plagen tritt auf, wenn durch eine plötzliche Steigerung der Nährstoffzufuhr die inneren Teile schnell wachsen und wenn die Rinde mit dieser Vergrößerung nicht Schritt halten kann. Dann wird die Rinde gesprengt. Besonders in ehemals dichten Beständen, die plötzlich stark gelichtet wurden, ist bei den stehengebliebenen Bäumen dieses Ueberernährungs-Plagen nicht selten. Obwohl die Rinde im Laufe der Zeit vernarben, bedeuten solche Rindenstörungen doch eine Gefahr für die Bäume und für die Fortwirtschaft, da die Wunden Eintrittspforten für holzzerstörende Pilze und Insekten sind.

Die Schiffsmähmaschine wurde 1845 von einem Amerikaner erfunden.

sich in den letzten 30 Jahren bedeutend gehoben haben. Interessant ist, daß auch der bekannte Hygieniker Prof. Schloßmann-Düsseldorf, wie Dr. Witsch mitteilte, vor einiger Zeit in Dresden erklärte, er rühre keine Impflanze mehr an und setzt auch für die sogenannte englische Gewissensklausel sei. Es handelt sich also bei dem heute noch bestehenden Impfgesetz trotz der Milderung, daß eine postzeitliche Verführung des zu impfenden Kindes nicht mehr vorgenommen werden soll, um einen alten Jopf postpositiver Maßnahmen, die uns jährlich 50 Millionen kostet, durch die Gefahren der Impfschäden aber viele Kinder bedroht und gegen eine nicht mehr drohende Krankheit gerichtet ist. Wie die Schutzimpfungen im allgemeinen zu beurteilen sind, und wie die Meinungen auf diesem Gebiet ändern, zeigt die Tatsache, daß man von der vor einigen Jahren so sehr propagierten Diphtherie-Schutzimpfung der Kinder heute auch wieder abgekommen ist.

Der Berechtigungsstimm.

Schulfragen stehen auch heute im Mittelpunkt der Erziehung. Die wirtschaftliche Not hat in Verbindung mit pädagogischen Überlegungen in Berlin den Gedanken wach werden lassen, die Mittelschulbildung im Anschluß an den erfolgreichen Besuch der Volksschule durch einen vierjährigen Aufbauunterricht zu erreichen. Der Provinzialverband der Elternbeiräte Groß-Berliner Mittelschulen veranstaltete einen von etwa 1300 Teilnehmern besuchten Elternabend, an dem zu diesen Problemen Stellung genommen wurde. Oberschulrat Schwarzhaup aus Frankfurt a. M. beschäftigte sich in seinem Vortrag eingehend mit der Frage der Notwendigkeit der Mittelschulen. Er betonte, daß bei dem heutigen Berechtigungsstimm die Eltern ihre Kinder in die höheren Schulen schicken würden, wenn ihnen die selbständige Mittelschule genommen würde. Die Mittelschule erziehe für das praktische Leben, die höhere Schule bereite für die wissenschaftliche Laufbahn vor. Aber 1934 werde es rund 120 000 Stellungslose Akademiker geben. Schon heute seien viele Kinder in den höheren Bildungsanstalten, die ihrer ganzen Veranlagung nach nicht hineingehören. Wenn Minister Grimme einmal gesagt habe, schon heute seien die Hochschulen und Universitäten Jugendbewahranstalten geworden, so sei das eine bittere Wahrheit. Durch Ausschaltung der selbständigen Mittelschulen werde das noch in verstärktem Maße eintreten. Das bedeute aber eine weitere größere Fehlleitung von Geld und wertvollen Menschen und eine politische Gefahr, die nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Der Redner beschäftigte sich dann eingehend mit den Bildungszielen der Mittelschule. Insbesondere wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Mittelschule eine Standeschule sei. Im Jahre 1927 habe man festgestellt, daß von den Eltern der Mittelschule 32 000 selbständige Handwerker, Landwirte usw. 16 500 mittlere und 14 200 untere Beamte, 25 000 Angestellte und 24 500 Arbeiter waren. 56 Proz. der Eltern gehörten zu den wirtschaftlich schwächeren Schichten. Zum Schluß forderte der Redner, daß die Mittelschule, die ihrer Leistung nach die billigste Schulgestaltung sei, in ihrer heutigen Form erhalten bleibe. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung fand einstimmige Annahme.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist von erfahrenen Fachleuten der Sozialdemokratie eingehenden Prüfungen unterzogen worden. Die Sozialdemokratie ist zu allen Zeiten für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten eingetreten. In den Aufbauhochschulen ist begabten Volksschülern die Möglichkeit einer besseren Ausbildung gegeben. An sich ist nicht einzusehen, warum ein vierjähriger Aufbauunterricht im Anschluß an den erfolgreichen Besuch der Volksschule nicht das gleiche Ergebnis haben sollte wie der Besuch der Mittelschule.

Plaza. Das Varieté am Ostbahnhof bringt in der ersten Dezemberhälfte wieder ein Gastspiel der Kottbühnen mit Behärs „Groß von Luxemburg“ in der Originalinszenierung. Die Regie führt Rudolf Jech, die musikalische Leitung Franz Richard Haas. Die Operette wurde mit großem Beifall aufgenommen. Darsteller und die gut zusammengestellten Chöre ließen nichts zu wünschen übrig. Ein Beweis, daß die Operettenvorstellungen in der Plaza sich gut eingeführt haben.

Das Konzert von Richard Taubert in der Philharmonie, das für Sonnabend angelegt war, muß wegen Indisposition des Künstlers ausfallen.

Zum ersten Mal im Obdach

Erlebnisse eines Erwerbslosen in der Fröbelstraße

Wir erhalten von einem Erwerbslosen eine Darstellung von Erlebnissen, die er im Städtischen Obdach in der Fröbelstraße 15 gehabt hat. Wir geben sie im Auszug wieder, ohne sie im einzelnen kontrollieren und auch ohne ihnen in allen Teilen zustimmen zu können.

„Jetzt bin ich so weit, daß ich das Städtische Obdach in der Fröbelstraße 15 aussuchen mußte. Ich habe es gefunden, und nun geht es los: Stillgestanden! Augen rechts! Wie heißen Sie? Wo wohnen Sie? Wo haben Sie die letzte Nacht geschlafen? (Ach, die Antwort ist klar: Im Wartesaal 3. und 4. Klasse im Bahnhof Friedrichstraße oder im Steintiner oder im Bahnhof Alexanderplatz) Es geht weiter: Stempelpartei! Gehen Sie geradeaus in das Zimmer hinein! Wieder die Fragen: Wo haben Sie die letzte Nacht geschlafen? usw. Und dann: Wieviel Geld haben Sie bei sich? Gehen Sie wieder zu dem Herrn, wo Sie vorher waren! Frage: Was wollen Sie? Eine dumme Frage, denke ich und antworte:

Ich bitte um Obdach!

Man hat nämlich erst zu bitten, wenn man das Städtische Obdach in Anspruch nehmen muß. „Hier haben Sie einen Bon!“ Damit melden Sie sich rechts bei dem Herrn! Ich bekomme eine Karte mit einer Marke, auf der eine Nummer eingestanz ist. Geradeaus, dann rechts in den Aufenthaltsraum! Man sitzt da auf eisernen Bänken, etwas anderes gibt es nicht. Dann geht es weiter, den Flur entlang in einen anderen Raum. Kleiderbügel aus Eisen hängen da. Es heißt im schroffen Feldweckton: Ausziehen, Sachen umdrehen. (Das ist wegen des Ungelesers gemäß notwendig, aber es ist der Ton, der die Ruft macht!) Die Sachen werden nachgesehen. „Sie haben Läuse?“ Gehen Sie gleich mit Ihren Sachen geradeaus durch die Tür nach Zimmer 11.“ Da hängen an Kleiderständern fürchterliche Galgenkleiderbügel. Ich hänge meine Sachen so auf, wie es richtig ist. Da wird gesagt: Nach der Vorschrift müssen Sie Ihre Kleider so aufhängen! Und nun werden meine Sachen in einer Weise auf diesem Gestell angebracht, daß die paar Kleidungsstücke, die ich auf dem Leibe trage und die ich mir früher einmal mühsam erarbeitet habe, jeden Augenblick in den Dreck fallen können. Ich werde nun einbalsamiert, und einer geht mit mir mit einer alten Deltonne eine Flüssigkeit

über den Kopf, daß mir die Augen tränen. Dem Herrn freilich macht es scheinbar Spaß. Ich brauche mich ab, wasche mich, trage ein kleines Handtuch, trockne mich mühsam ab, bekomme ein Beinwandhemd, ein Paar Lederpantoffeln,

einen Schnaps und einen Köffel.

Der Schnaps: fürchterliche Erinnerung! Er stammt — noch heute! — aus alten Kriegsbeständen! Aus einem Gefäß, das, ich muß es anerkennen, wirklich sauber ist, gibt es einen abfcheulichen Tröpf, der an die letzten Kriegsjahre erinnert, dazu die sogenannte „Kuhle“, ein Stück trockenes Schwarzbrot, das schön durchgebacken ist und einen sehr guten Geschmack hat. Wenn manch einer diese Kuhle nicht bekäme, müßte er elend verhungern! Denn trotz allen Kohldampfs, — den anderen Fraß kann nicht jeder herunterkriegen. Ich fresse, mag auch noch soviel Soda drin sein! Jetzt in die Schlafräume! Eiserne Prüfchen, eine bezogene Filzunterlage! Aber, wird man auch halb gerädert, wenn man müde ist, schläft man. Die Heizungsanlage freilich ist fürchterlich: Soll einem der Tragen gebraten werden? Morgens um 6 Uhr: Aufstehen! Suppe holen! Handtücher, Köffel und Lederpantoffel mitnehmen! Wir bekommen eine Kuhle und einen Napf voll Suppe. Der Fußboden ist eifig kalt. Ich gebe die Sachen ab und bekomme nun meine Broden zurück. Damit muß ich barfuß über den kalten Steinfußboden durch den Flur nach dem Umkleieraum gehen. Man zieht sich die Broden an, man ist wieder draußen . . .

Es ist gewiß für alle Behörden, die mit der Frage städtischer Obdach zu tun haben, von Wichtigkeit, auch die Stimme der Obdachlosen zu hören. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch darauf hinweisen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Ausgestaltung, wie gerade wir sie wünschen, unmöglich machen und daß eine gewisse strenge Hausordnung unvermeidlich ist. Gleichwohl mögen die Beamten, die in einem wahrlich nicht leichten Dienst die Obdachlosen zu betreuen haben, sich sagen, daß sehr oft ein verständiges freundliches Wort mehr wirkt als ein Kommandoton, der die Gefühle dieser vom Schicksal schwer betroffenen Menschen empfindlich verletzen muß.

Wie entsteht ein gutes Buch.

Ausstellung graphischer Arbeiten der Kunstgewerbeschule Viefelsfeld.

Jedes Buch hat sein Gesicht, das schon auf den ersten Blick dem Käufer sagen soll, was Geistes Kind es ist. Wer sich heute ein Buch kauft, empfindet es als selbstverständlich, daß es sich schon durch gute Anordnung des Satzes, des Buchdeckels usw. empfiehlt. Und doch hat es langer, mühevoller Erziehungsarbeit bedurft, um diese Höhe der „Buchkultur“ zu erreichen; denn auch im Buchgewerbe hatte die Maschine, das technische Zeitalter, mit seinen vielen neuen Möglichkeiten eine Vermilderung des Geschmacks zur Folge. Diese Erziehungsarbeit wurde wesentlich unterstützt durch den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der bis Mitte Januar eine Ausstellung von Arbeiten der Kunstgewerbeschule Viefelsfeld veranstaltete, die im Sinne dieser Bestrebungen zu werten ist. Die Ausstellung, die täglich von 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet ist, findet im Buchdruckerhaus, Dreißendstr. 5, statt. Die Schule zeigt Arbeiten, die in der Topographie wie auch in anderen graphischen Techniken die verschiedensten Möglichkeiten graphischer Gestaltung aufweisen. Naturstudien, sachlich, dann abstrahiert zu Flächenaufteilungen, werden zur Grundlage typographischen Ausdrucks. Illustrationen werden versucht, Verbindungen von Photographien und Schrift werden zu Plakaten oder Buchdeckeln. Farben, gut abgestimmt, lassen durch Nebereinanderdrucken neue entstehen. Alles Versuche, die das Empfinden für Buchgestaltung schulen und dem Ausstellungsbesucher zeigen, auf welcher Grundlage

das gute Buch steht. Alles spricht für vorbildliche Durcharbeitung und ist von peinlicher Feinheit und Sauberkeit. Es ist eine Freude, die Fülle von Ideen in den Arbeiten feststellen zu können.

Arbeitshaus statt Fürsorgeerziehung. Genosse Stadtrat Friedländer protestiert in einem Aufsatz „Arbeitshaus statt Fürsorgeerziehung“ in der neuesten Nummer der „Arbeiterwohlfahrt“ gegen den Plan gewisser Anstaltsinteressenten, auf dem Wege der Rotverordnung erziehungsbedürftige Jugendliche dem Arbeitshaus zu überweisen, das nicht geeignet ist, Erziehungsaufgaben zu übernehmen. Als Bektartikel bringt das Heft einen Aufsatz des Genossen Dr. Goldmann „Abbau der Gesundheitsfürsorge“, der die Gefahren eines Abbaus, besonders in der vorbeugenden Fürsorge, kennzeichnet und darauf hinweist, daß Einschränkungen jeglicher Art, die unter dem Deckmantel der Sparmaßnahmen und Sparsamkeit beabsichtigt sind, die Grundlage des gesunden Gesundheitswesens gefährden. Genosse Dr. Wienold berichtet in seinem Aufsatz „Kinder erlend“, wie sich die wirtschaftliche Verelendung und die Not der Erwerbslosen im schlimmsten Maße gegen die Kinder auswirkt und die verheerendsten Folgen nach sich zieht gleich denen, die der Krieg mit sich brachte. Genossin Lemle berichtet über die „Konferenz der Internationalen Arbeiterwohlfahrt“, die im Juli d. J. in Wien stattgefunden hat. Abschließend berichtet Genossin Juchacz über die zweite schweizerische Konferenz für sozialistische Wohlfahrtspflege. Genossin Wachenheim richtet einen Aufruf an die Fürsorger und Fürsorgerinnen unter dem Titel „Fürsorger und Fürsorgerinnen!“ Wo steht ihr im politischen Kampf?

Das Stadtbad Kreuzberg, Baerwaldstr. 64/67, bleibt wegen Instandsetzungsarbeiten der technischen Anlage vom 28. bis 31. Dezember 1931 geschlossen.

**ES IST ETWAS BESONDERES
UM SALAMANDER:
SALAMANDER SETZT
IMMER NUR DIE PREISE,
NIE DIE QUALITÄT HERAB**



**KEIN SCHUH MEHR ÜBER 18⁵⁰
HAUPTPREISLAGEN 12⁵⁰ 15⁵⁰
SALAMANDER FUSSARZT . 15⁵⁰ 18⁵⁰**

SALAMANDER

Die Antwort des Zentrums.

Koalitionsverhandlungen mit den Nazis in Hessen offen.

Darmstadt, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Zentrumsfraktion des Hessischen Landtags hat am Freitag auf die „Bedingungen“ der Nazis zur Regierungsbildung eine schriftliche Antwort erteilt, der wir folgendes entnehmen:

„Die Zentrumsfraktion muß eine Zusammenarbeit mit der NSDAP. an folgende Bedingungen knüpfen, ohne deren Erfüllung weder die Verfassung gewahrt noch die öffentliche Ordnung gesichert bliebe: Die NSDAP. Hessens versichert öffentlich, daß sie auch während ihrer Mitwirkung in der Regierung die Legalität in all ihren Handlungen wahren, allen Parteizwecken entgegenstehen und andere als die Rechtsinstrumente des Staates nicht benutzen werde.“

Zu den formulierten „Grundsätzen“, „Forderungen“ und „Mindestforderungen“ erklären wir folgendes: Die Punkte 1 bis 10 müssen Vereinfachung und Verbilligung des Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungsapparates. Das hat die Zentrumsfraktion im Rahmen der Verfassung jederzeit angestrebt und durch die einschneidenden Sparmaßnahmen seit Übernahme des Finanzministeriums in vierjähriger Tätigkeit bewiesen. Sie ist also bereit, über diese Punkte in Verhandlungen einzutreten und an ihrer Durchführung mitzuwirken, soweit nicht Vorschriften der hessischen Verfassung oder der Reichsverfassung entgegenstehen.

Die Formulierung der Artikel 37 ff. der hessischen Verfassung spricht nach unserer Auffassung gegen die vorgeschlagene Regelung der Stellung des Staatspräsidenten und des Ministeriums. Sollte sich gleichwohl eine Regelung dieses Vorschlags ermöglichen lassen, die mit der hessischen Verfassung in Einklang gebracht werden kann, so würde eine solche Neuierung in der staatsrechtlichen Nachstellung auch Folgerungen haben müssen hinsichtlich der zu ernennenden Persönlichkeit. Der Staatspräsident müßte dann parteipolitisch unabhängig sein.“

In dem Brief des Zentrums heißt es schließlich noch, daß die Entlassung von Beamten ohne Pension nach der Verfassung nicht zulässig ist und deshalb abzulehnen sei.

Die Antwort des Zentrums auf die 12 Punkte der Nationalsozialisten ist nichts weniger als eine Ablehnung. Sie läßt vielmehr die Möglichkeit zu Verhandlungen über eine Regierung aus Zentrum und Nationalsozialisten in Hessen vollständig offen.

Die hessische Staatspräsidentenwahl vertagt.

Darmstadt, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat des Hessischen Landtags beschloß am Freitag, die Wahl des Staatspräsidenten, die für Freitag vorgesehene war, zu vertagen.

Im Verlauf des Landtags wurde der Antrag der Kommunisten auf Auflösung des Parlaments gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten abgelehnt. Auch der kommunistische Antrag auf Verlegung der Landtagssitzungen in die Festhalle, um den Arbeitslosen Gelegenheit zum Zuhören zu geben, wurde nicht angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag eingebracht, die Wahl des Führers der hessischen Nazifraktion Lenz sowie der Nazisabgeordneten Döring und Hauer für ungültig zu erklären. Die Wahl dieser Nazis verstoßt insofern gegen das hessische Landtagswahlgesetz, als der Gewählte in Hessen seinen Wohnsitz haben muß. Tatsächlich aber wohnt Lenz in Heidelberg. Die anderen beiden wohnen in Wiesbaden bzw. Frankfurt a. M. Alle drei hatten als fingierten Wohnsitz das sogenannte „Braune Haus“ in Darmstadt angegeben, das aber Wohnräume nicht enthält.

„Natürlich!“

Selbst den Deutschnationalen zuviel!

Der Hugenbergsche „Botenbote“ gibt die Antwort des Zentrums an die hessischen Nationalsozialisten mit den Worten bekannt, daß das Mindestprogramm der Nationalsozialisten vom Zentrum „natürlich“ nicht angenommen worden sei. Damit tut auch das deutschnationale Blatt kund, daß eine derartige Selbsterniedrigung und Selbststigmatisierung, wie sie die Nazis dem Zentrum angedeihen lassen, einer ernsthaften Partei denn doch nicht zuzumuten ist.

Leute mit Sorgen.

Womit sich die Reichsbahnjuristen befassen.

In der Zeit der politischen Hochspannung ist es erquidend, von Zeit zu Zeit zu sehen, daß es auch noch Leute gibt, die andere Sorgen haben, und sie außerordentlich wichtig nehmen. Zu diesen Leuten gehört die Deutsche Reichsbahn. Sie besitzt an der Ruhr eine Reihe von Häusern, in denen Eisenbahnerfamilien wohnen. In den ländlichen Gegenden haben die Häuser keine Kanalisation, die Eisenbahnerfamilien aber Gärten und kleine Felder. Die stillen Dörfer der Reichsbahnhäuser haben dort für die Gartenwirtschaft der Bahnarbeiter ihre große Bedeutung und werden dementsprechend zweckmäßig ausgenutzt.

Die Reichsbahn aber hat eine juristische Entdeckung gemacht, über die man jahrelang Disfortationschriften veröffentlichen könnte. Sie hat nämlich entdeckt, daß das, was in die stillen Dörfer hineinkommt und ureigenstes Eigentum der Bewohner ist, aufhört ihr Eigentum zu sein, wenn sie es nicht mehr bei sich haben. Von dieser tief sinnigen Deduktion ausgehend hat die Reichsbahn sich das Verfügungsrecht über den selbstfabrizierten Naturdünger der Eisenbahnerarbeiter angeeignet und hat dieses Produkt an einen Landwirt gegen Zins verpachtet.

Die Eisenbahner aber haben einen Mas erhalten, daß sie ihr natürliches Produkt nicht mehr als ihr Eigentum betrachten dürfen und daß hinfort die Verwendung des Inhaltes ihrer Aborte zur Düngung ihrer Gärten und Felder verboten sei!

Darüber ist nun ein heftiger Streit im Gange und man kann gespannt sein, wie die Juristen der Reichsbahn und der Generaldirektor Dormmüller sich mit der Rechtsfrage abfinden werden. Die Eisenbahner aber haben es in der Hand, der Spekulation der Reichsbahn auf ihr natürliches Produkt einen Strich durch die Rechnung zu machen. Sie brauchen nur die stillen Dörfer zugunsten und direkt auf ihre Felder oder Gärten zu geben. Sollte die Reichsbahn auf dem Standpunkt stehen, daß sie mit der Bezahlung des fälligen Lohnes nicht nur die Arbeitskraft gekauft habe, sondern zugleich auch das, was ihre Arbeiter und Beamten nach sorgfältiger Ernährung wieder von sich geben?

Smelons ist zum hessischen Staatspräsidenten auf sieben Jahre wiedergewählt worden. Die Opposition hatte nur wenige Wahlmänner — Ursache Wahlprüfung.

In Hessen.

In den 12 Punkten der Nazis wird u. a. gefordert, daß künftig nur ein Minister regieren und dieser Nationalsozialist sein soll.



Wie die hessischen Nationalsozialisten mit dem Zentrum zusammen regieren wollen.

Herunter mit den Zuckerpreisen!

Wir fordern Senkung des Höchstpreises und Einbeziehung in die Winterhilfe.

Von allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist der Zucker, gemessen an den Vorkriegspreisen, am teuersten. Während die Brotgetreidepreise 20 Proz. über und die Milchpreise infolge der gestunkenen Kaufkraft der Bevölkerung rund 20 Proz. unter den Vorkriegspreisen liegen, ist der Zucker 75 Proz. teurer als 1913. Infolgedessen ist der Verbrauch an Zucker, je stärker die Vereinerung der Arbeiter- und Angestelltenmassen fortschreitet, immer mehr zurückgegangen. Im August 1930 wurden noch 1,4 Millionen Doppelzentner Verbrauchs Zucker versteuert, dagegen im August dieses Jahres nur noch 917 000 Doppelzentner, also ein Drittel weniger. Deswegen hat die Sozialdemokratie schon seit mehr als Jahresfrist eine Verbilligung des Zuckers durch Senkung des Höchstpreises gefordert.

Die Reichsregierung hat diese Forderung nicht erfüllt, vielmehr hat sie sich die Preispolitik der Zuckerindustrie zu eigen gemacht, die keineswegs für eine Senkung der Preise eintritt, sondern durch Produktionsbeschränkung und Verbilligung der für den menschlichen Verbrauch nicht abfertbaren Zuckervorräte einen Ausgleich zwischen Produktion und Bedarf herstellen will.

Mit dieser Zuckerpolitik muß jetzt Schluss gemacht werden.

Es geht nicht mehr an, daß die Einfuhr an ausländischen Zuckermitteln, wie Mais und Gerste, erschwert wird, um den Absatz an Zuckerzucker zu fördern. Es geht nicht an, daß die Zuckerebenanbaufläche ständig vergrößert wird, nur um die Produktion der sinkenden Nachfrage anzupassen, den Zuckerpreis aber ständig hochzuhalten. Jetzt, wo wiederum eine neue Lohn- und Gehaltsabwärtung ansteht, muß die sozialdemokratische Forderung auf Senkung des Zuckerhöchstpreises endlich erfüllt werden.

Da aber der Zuckerverbrauch im Sommer verdoppelt

worden ist und damit bald ein Drittel des Zuckerleinhandelspreises ausmacht, reicht eine Senkung des Höchstpreises noch nicht aus, um den Zuckerverbrauch auch bei den bedürftigsten Schichten der Bevölkerung, der Arbeitslosen, zu heben. Deswegen fordern wir, daß in die Winterhilfe auch der Zucker mit einbezogen wird.

Um einen auch für einen Arbeitslosen tragbaren Zuckerpreis zu erreichen, muß das Reich für den zu verbilligenden Zucker auf die Hälfte der Zuckersteuer verzichten.

Wird die Handelspanne noch um 1/2 Proz. gesenkt, so kann dann der Zucker für 27 Pf. statt jetzt für 36 Pf. abgegeben werden. Kosten für das Reich entstehen durch eine derartige Abschlagszahlung nicht. Der Steuerertrag würde ebenfalls bei 5 Millionen Erwerbslosen, also mit Familienangehörigen 15 Millionen Bedürftigen, 1,7 Millionen Mark monatlich betragen. Da aber durch die Senkung des Höchstpreises der Zucker allgemein verbilligt wird und durch die Winterhilfe für die Erwerbslosen noch eine zusätzliche Verbilligung eintritt, so ist mit einer Hebung des Zuckerconsums bestimmt zu rechnen, so daß überhaupt kein Steuerertrag zu erwarten ist.

Der ungeheure Druck, der durch die Lohn- und Gehalts-senkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten ausgeübt wird und die Not der Erwerbslosen kann selbstverständlich durch solche Preisermäßigungen nicht ausgeglichen werden. Aber alle Wege, die zu einer Preisentwertung führen, müssen beschritten werden, um einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Daher ist die sofortige Senkung des Zuckerhöchstpreises um 3 Mark und die Einbeziehung des Zuckers in die Winterhilfe notwendig.

Hakenkreuzler im Faschistenschuh.

Sie pöbe'n / das Lokal wird geschlossen.

Die Vözener Behörden haben das Kaffeehaus Kuffeth für 14 Tage gesperrt. Vor einigen Tagen waren Nazis in Uniform in diesem Kaffeehaus in eine erregte Aussprache mit deutschen Südtirolern geraten. Die Nazis beschwerten sich bei den italienischen Behörden, worauf die strafweise Schließung des Kaffees erfolgte.

Völkisches Hochziel: Entdeutschung Südtirols.

Der neuesten Ausgabe des rein bürgerlichen, durchaus überparteilichen Nachrichtenblattes über die Verfolgung des Südtiroler Deutschtums entnehmen wir das Folgende:

Gefahr für dieses Zurückgebrängte (Infolge wichtiger Gegenwartsprobleme) besteht heute mehr als je. Die nationalsozialistische Bewegung, die bekanntlich ihr Desinteressenment an Südtirol erklärt, hat auch in Tirol ihre Tätigkeit aufgenommen. Hierbei wurden Ortsgruppen in Meran und Lana gegründet. Eine Totengedenkfeier in Meran und ein Sprechabend, welchen Dr. Wieland-Hamburg, M. d. R., im Meraner Parteihaus veranstaltete, waren die Auftakte der Tätigkeit der neuen Partei. Der Sitz der Landesleitung ist in Italien, der gegenwärtig in Meran ist, soll bald nach Rom verlegt werden. In Südtirol macht es einen äußerst deprimierenden Eindruck, wenn man

Shakespeare im Deutschen Theater.

„Antonius und Kleopatra“.

Shakespeares Römerdrama in einer stark gestrofften Uebersetzung des Dramaturgen Hans Rothe unter der etwas schleppenden Regie des Heinz Hilpert. Alexander Pfaff und Gerda Müller spielen einen sehr zarten Antonius und eine sehr harte Kleopatra. Das gibt nicht immer einen guten Zusammenklang, aber das Publikum jubelt Rothe zu. Dgr.

nun auf den Straßen Schwarz- und Braunhemden brüderlich vereint zu sehen bekommt, die sich mit dem bei den Deutschen verhassten gleichen Gräße gräßen.

Der Faschismus hat in Südtirol alle deutschen Organisationen zertrümmert, die deutsche Kultur wird in jeder Weise unterdrückt, der Deutsche hat keinen Schutz, er ist in seinem Lande bloß geduldet. Der neuen Partei aber gestattet man eine Täuschung, die man nicht einmal den Italienern, welche nicht der faschistischen Partei angehören, zubilligt. Es ist klar, daß Mussolini eine solche Täuschung ohne Gegenleistung nicht gestatten würde. Die Frage ist:

Welche Gegenleistung erhält Mussolini von der neuen Partei in Südtirol? Besteht diese Gegenleistung in der bekannten Erklärung der Reichsleitung von Desinteressenment an Südtirol oder erwartet Mussolini auch noch andere Leistungen von der neuen Partei? Die Ortsgruppenführungen haben offenbar den Zweck, den Deutschen in Südtirol mit aller Dringlichkeit und Eindringlichkeit vor Augen zu führen, daß ihre Hoffnung auf eine Aenderung der Lage aussichtslos ist und daß sie sich daher endlich in ihre Los fügen sollten.

Wenn eine der größten Parteien Deutschlands, welche, wie man in Italien überzeugt ist, die künftige Regierung übernehmen wird, sich in so offenkundiger Weise mit dem heutigen Regime in Italien verbrüdernd und dies den Südtirolern im Lande stetig vor Augen führt, dann muß wohl auch der nächste Kampf den Kampf für aussichtslos halten und den Widerstand, den der Faschismus allein nicht zu brechen vermochte, endlich aufgeben!

Die deutsche Einheit dort zu vernichten, wo sie lebensnotwendig ist, dem schlimmsten Verfolger eines wehrlosen deutschen Stammes Zurechtbedienste leisten, sich mit den Heiden von Kämpen, Dösch und Rhizinus auf offener Straße verbrüdernd — das ist wohl derjenige müßig, die das eigene Volk mit Köpferollen, Erschießen und Aufhängen bedrohen!

Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung von Redenburg-Streitig wurde im Landtag abgelehnt. Der ungarische Sozialdemokratische Parteitag hat seinen in Budapest unter Polizeiaufsicht getagt. Die weißrussischen Arbeiterparteien waren durch Genossen Julius Deutsch Wien vertreten. Alle Exemplare der Parteitagsschließung hatte die Polizei in der Druckerei weggeholt.

**... und jetzt
an allen Beinen
die besten
"Bemberg"-Strümpfe!**



Ein Bemberg-Strumpf aus edelstem Kunstseidenmaterial, in modern. Farbtönen

195

VERBILLIGTER PREIS

TIERMANN

Verkauf sonst Vorne Mengenabgabe vorbehalten

GR. SCHAUSPIELHAUS 8

Hoffmanns Erzählungen

REINHARDT INSZENIERUNG

Jeden Dien., Mi., Fr., Sonn. u. 8. nach 3 Uhr
Das große Zaubermärchen
Pilm Pilm Pilm
Preise der Plätze von 75 Pfennig an

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 25 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 30 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 35 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 40 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 45 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 50 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 55 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 60 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 65 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 70 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 75 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 80 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 85 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 90 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 95 Pf. (inkl. 2 Zeilen) 100 Pf. (inkl. 2 Zeilen)

6 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr

Lotharstraße 37.

Wenn Kinder heiraten

und das große Fest-Programm!
Gutschein 1-4 Personen: Parkett 50 Pf. Fauteuil 1- Mark. Sessel 1.50 Mark.
An allen Feiertagen nachm. 3 Uhr für Erwachsene und Kinder
Valerius Wunderkur und das Fest-Programm.
Preise: 30 Pf., 0.50, 0.75, 1.- Mark.

Verkäufe

Zinlehen
Säulen, Kolonnen, Böden, etc.

Musik-Instrumente

Stufenpianos, Klaviers, etc.

HAUS VATERLAND

Das P

Vergnügungs-Restaurant Berlins

BETRIEB KEMPINSKI

Reichshallen-Theater

Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr

Stettiner Sängers

Der kranke Fliegenpliz

Nachmittags halbe Preise, volles Programm!

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Die Blume von Hawaii

Preise von 50 Pf. an
Sg. 1.50, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.50, 10.00

Reidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, gut erhaltene, etc.

Spezialmaschinen

Reinigungs-, etc.

Radio

Reinigungs-, etc.

Fahrräder

Gebrauchte, etc.

Theater im Admiralspalast

Täglich 8 1/2 Uhr

Die Dabarry

mit **Anta Alpar**

Preise v. 0.50 M an

Blumenspenden

jeder Art liefert preiswert

Paul Golletz
verm. Robert Meyer
Mariannenstr. 7
F. & Oberbaum 1303

**... und auf dem
Dachstuhl
Güchsmala Daffne**

A. Wiatrak Nachf.
Hugo Baumgärtner
SO, Köpenicker Straße 75
O, Warschauer Straße 31
S, Kottbuser Damm 103
N, Alte Schönhauser Str. 46
Steglitz, Bismarckstraße 64a

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Sonntag, den 12. Dezember
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Schiller-Theater
Dahlemburg
20 Uhr
Datterich

Winter Garten

8.15 Uhr Fiera 3434
Das beliebte Clown-Trio
Barraceta
Gsovsky-Ballett, Luisita Leers
„Paolo“ der jüngste Ball-Jongleur
usw.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsverein Wedding

Sonntag, den 13. Dezember 1931, im Konzertsaal der Hochschulbrauerei, Amrummer Straße 31

Wohltätigkeits-Konzert
zugunsten unserer erwerbslos. Kameraden
ausgeführt vom Musikkorps Wedding unter persönl. Leitung seines Dirigenten Musikm. Adolf Habedank

Kasseneröffnung 19 Uhr Beginn 19 1/2 Uhr
Eintritt 30 Pfennig
Nach dem Konzert **TANZ** (Nachzahlung)

Am Sonntag, dem 20. Dezember 1931, 17 Uhr, Saalbau der Hochschulbrauerei, Amrummer Str. 31

Weihnachts-Feier
für die erwerbslosen Kameraden
Musikalische und Gesangs-Vorträge / Für die Kinder Lichtbilder: Max und Moritz und Huckebain
Eintritt frei!

SCALA

Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr

NONI UND HORACE
LILITA BENAVENTE
LE BLAM DU CHARME & RAY
usw.

Stadt. Oper

Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Sonntag, 12. Dez.
Turnus IV
Anfang 20 Uhr
Macbeth
Ende 23 Uhr

Nachm. 15 Uhr
Hänse u. Gretel
Ende 16.30 Uhr
Preise von 0.50 bis 3 M.

Achenbach - Garagen

ab Lager
Weißblech-, Stahl- u. Betonbauten
jeder Art. Angeb. u. Prosp. kostenl.

Geb. Achenbach & M.H.H. Weidmann, Sieg
Eisen- und Weißblechwerke - Postfach 38
„Deutsche Bau-Ausstellung Ber. in: Freigelände Abt. Garagen“

Danksagung.

Für die vielen B. welche herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben, unvergesslichen Mannes

Johann Grund

Witwe Emma Grund.

PLAZA

Tägl. 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12 Uhr

Der Graf von Luxemburg
in 11 Akten, 12. P.
PAGANINI
von Franz Lehár

Theater am Hollendorferplatz

Regie: Helmut Schütz
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 4 1/2 Uhr

Gasparone
Heute nachm. 4 Uhr
Sonntag 2 Uhr
Knecht Rupprechts Fahrt ins Märchenland

Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen

Der große Tonfilmschwank:
Ralph A. Roberts, Fritz Schütz, Lucie Englisch, Fischer-Köpfe:

Dienst ist Dienst

Auf der Bühne:
Lothar Werkmeister
und andere Attraktionen

Füllhalter
von **JUERGENS**

Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

Arbeiterwohlfahrt

Glücksbriefe mit 10 Losen 5 RM. mit 20 Losen 10 RM.

500000 Pf

Ziehung am 19. und 21. Dezember 1931

Lose zu haben bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Vorwärts-Filialen, Wertheim, Singer und Hermann Tietz

moder

Einzelstücke, etc.

**Kleider- und
Zugabkleider**

mit Torpedofront und prima Verarbeitung, in Led. und Stoff, etwas befallt, Gold nur 45.- und 50.-, Madonnen, etc.

**Geschäfts-
verkäufe**

Waffelbäckerei, etc.

Kautgesuche

Rahmentische, etc.

**Ver-
mietungen**

Zimmer, etc.

Zimmer

letz. über möbliert, etc.